

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Grabenstr. 1/6, und durch Korrespondenzen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Orte, M. 3.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einseitige Colonne ober deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Verleih- und Veranlagungs-Anzeigen 15 Pfennige. Anwärter Inzerat 15 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 5 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 169.

Mittwoch, den 22. Juli 1908.

19. Jahrgang.

Franz Josef Ehrhart.

Wie ein Telegramm aus Ludwigs-hafen meldet, ist Montag Mittag 1 Uhr Genosse Reichs- und Landtagsabgeordneter Franz Josef Ehrhart gestorben.

Von den Namen, die mit der Jugendgeschichte der deutschen Sozialdemokratie untrennlich verknüpft sind, steht abermals der Name eines an ein frisches Grab geschrieben. Franz Josef Ehrhart gehört zu jenen Genossen, die noch beinahe von Anfang an dabei waren. Obwohl er die Mitte der Fünfziger kaum überschritten hatte, gehörte er seit mehr als einem Jahrzehnt der proletarischen Bewegung an, und noch ehe ein graues Haar an seinen Schläfen glänzte, zählte ihn die Partei zu ihren „Alten“.

Unter den Charakterköpfen, die die junge Bewegung der Siebzigerjahre zierten, erscheint Ehrharts ausgeprägte Persönlichkeit als glänzendste Verbindung fürmischer Begeisterung mit klarer selbstbewußter Lebensfreude. Ehrhart zählte unter den jungen Stürmern und Drängern zu den Stürmischsten, aber der Freund Rosts und Mitbegründer der Freiheit ist deshalb doch immer alles eher als ein weltabgewandelter Belot gewesen. Vor allem Bestäubnis der Weltanschauung und übers Ziel hinaus schießender Verbitterung schützte ihn die frohe Lebenskraft seines fürhnelmischen Temperaments. Und so blieb Ehrhart auch in späteren Jahren durch den männlich lebensfrohen Zug seines Wesens ein trefflicher Berater in schweren Zeiten. Sein Humor, dessen Grobheit ohne verletzende Schärfe war, hat in inneren Parteivorläufen und fürmischen Debatten seine Wunder gewirkt.

Dieser vaterlandslaf Geselle war so ganz und gar Sohn seiner Heimat, daß er trotz seiner langjährigen Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter wohl niemals in der Hauptstadt der preussischen Mark Brandenburg recht zuhause gewesen ist. Sein ganzes Wesen wurzelte im Mutterboden seiner Pfalz, hier war sein Dasein, hier fand seine Kraft Würdigung in der Achtung der Mitbürger auch der politischen Gegner, hier war und blieb auch das Feld seiner Tätigkeit für den Mann, der von seinen westlichen Gesellenfahrten als Meister nicht bloß seines Handwerks, sondern auch in politischer Wirksamkeit und gereifter Weltanschauung zurückgelassen war. Den Pfälzer und den Mannheimer, den Eisenacher und den Lassalleaner Dreesbach und Ehrhart hat nun die Erde. Die Partei aber wird das Andenken dieser Männer in Ehren halten, denen die Entwicklung der Arbeiterbewegung im Südwesten des Deutschen Reiches so unendlich viel verdankt.

Gen. Ehrhart war am 6. Februar 1853 in Eschbach (Rheinpfalz) geboren. Er besuchte die Dorfschule in Eschbach ein paar Jahre und dann die katholische Volksschule zu Fürth in Bayern. Von 1866 bis 1869 erlernte er das Tapeziererhandwerk, bereiste Deutschland, England, Frankreich, die Schweiz, Belgien, Holland usw. und machte sich seit 1883 in Ludwigs-hafen a. Rh. als Tapeziermeister selbstständig. In der sozialdemokratischen Partei ist Ehrhart seit 1872 tätig, 1878/79 war er Sekretär des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in

London. In London kam er auch in engere Fühlung mit jener Richtung, die kurz nach Verhängung des Sozialistengesetzes mit der Haltung der führenden Genossen nicht einverstanden war. Genosse Ehrhart hat auf wenigen Parteitagen gefehlt, er war schon mit in Kopenhagen, seit Fall des Sozialistengesetzes war er wohl auf allen Parteitagen anwesend. Seit 1899 war er Mitglied der Kontrollkommission und blieb in diesem Ehrenamt bis zu seinem Tode. Dem Stadtrat Ludwigs-hafen gehörte Ehrhart seit 1889, der bayerischen 2. Kammer seit 1893 und dem Reichstag seit 1898 an.

Seit Jahresfrist litt Genosse Ehrhart an einer immer heftiger werdenden nervösen Krankheit, von der er wiederholt Rettung auch in Krankenanstalten suchte. Zur Erholung begab er sich vor einigen Wochen auf die Brande im Schwarzwald (Walden). Seit Anfang der vorigen Woche hatte es den Anschein, als ob sich sein nervöses Leiden, das mit Arterien-Verkalkung kombiniert war, zur Besserung wende, am Freitag trat jedoch plötzlich eine heftige Verschlimmerung ein, weshalb Ehrhart nach Ludwigs-hafen zurückkehrte. Hier ist er heute Mittag an Herzlähmung verstorben. Die Bestattung findet voraussichtlich am Donnerstag 1/4 Uhr in Mannheim statt, wobei er im Krematorium eingäschert wird.

Die Reform des Strafprozesses.

Von außerordentlicher Bedeutung für die breiten Massen des Volkes, vor allem für die kämpfende Arbeiterklasse, ist die Reform der Strafprozessordnung, die jetzt durch Ueberweisung der fertiggestellten Vorlage an den Bundesrat in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Die Strafprozessordnung und das mit ihr zusammenhängende Gerichtsverfassungsgesetz regeln die formalen Bedingungen der Strafverfolgung. Wie die Untersuchungen geführt werden, wie der Gerichtshof zusammengesetzt sein soll, welche Rechte der Verteidigung dem Angeklagten zustehen, welche Regeln der Untersuchungsrichter, der Staatsanwalt, der Vorsitzende zu beobachten hat, ist in genauen Vorschriften in diesem Komplex der Gesetzgebung niedergelegt. Die Rechtssicherheit des Volkes, der Schutz der politischen und in nicht minderem Maße der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit, ist in hohem Grade von der Gestaltung dieser strafprozessualen Vorschriften abhängig.

Es ist daher klar, daß der umfangreiche Gesetzesentwurf, sobald er erst veröffentlicht ist, die sozialdemokratische Presse sehr lebhaft beschäftigen wird. Vorläufig liegen allerdings nur die gestern mitgeteilten offiziellen Mitteilungen vor, die in der „Köln. Zig.“ veröffentlicht worden sind und das Zeichen der Tendenzmacht an der Stirn tragen. Es wird nämlich eine Zusammenstellung der „liberalen Wünsche“ gegeben, die in dem Entwurfe des Reichsjustizamts ihre Erfüllung gefunden haben sollen, und damit versucht man eine dem Entwurfe günstige Stimmung zu erwecken. Obwohl klar ist, daß ein solches Gesetz nur als ein Ganzes richtig beurteilt werden kann. Es ist zu befürchten, daß die neue Strafprozessreform noch manchem eine schwere Enttäuschung bereiten und zu sehr heftigen Kämpfen Anlaß geben wird, wenn wirklich die Aufzählung der zu erwartenden Vorteile, die die „Köln. Zig.“ unter Verschweigung der zu befürchtenden

Nachteile vornimmt, den Anspruch auf Vollständigkeit erheben sollte.

Zunächst erfahren wir über den brennend wichtigen Punkt des Vorverfahrens nur, daß „dem Interessierten der Verteidigung mehr als bisher Rechnung getragen werden“ solle, aber auf welche Weise dies geschieht, wird nicht mitgeteilt. Ob und wie die neue Strafprozessordnung dem bisherigen Zustande ein Ende bereiten will, der das öffentliche Hauptverfahren bloß zu einem formalistischen Anhängsel des geheimen inquisitorischen Vorverfahrens macht, darüber erzählt man zunächst nichts Gewisses, und so ist zu befürchten, daß auf diesem außerordentlich wichtigen Gebiete die „Erfüllung liberaler Wünsche“ vieles zu wünschen übrig lassen wird.

Die Einführung besonderer Jugendgerichte und die Gewährung von Tagelohn an Geschworene und Schöffen sind zum mindestens geeignet, zwei Mängel zu beseitigen, die unserm deutschen Gerichtsverfahren im Vergleich zu anderen moderneren Systemen anhaften. Schlimm ist es aber schon, daß die Beibehaltung der Geschworenengerichte in ihrer bisherigen Zuständigkeit schon als ein großer liberaler Erfolg gefeiert wird. Mit den siebengliedrigen Gerichtshöfen, die aus Berufsrichtern und Schöffen zusammengesetzt, an die Stelle der Schwurgerichte treten sollen, ist es also nichts, auf der anderen Seite hört man aber nicht das mindeste davon, daß die Mängel der Schwurgerichte, sowohl rasche Zusammensetzung als auch was ihre Zuständigkeit betrifft, beseitigt werden sollen. Ueber den ersten Punkt erzählt man gar nichts, es wird also wohl bei dem alten Zustand bleiben und man wird auch künftig die Geschworenen aus den besitzenden Klassen ausscheiden wollen; aber auch zum zweiten soll alles beim alten bleiben, denn in Preß-Prozessen bleiben auch in Zukunft in Süddeutschland die Schwurgerichte zuständig, während im Norden die Entscheidung den Berufsrichtern verbleibt. Damit wird durch Reichsgesetzgebung Preußen das Brandmal der Rückständigkeit aufgedrückt, während in Süddeutschland und Oesterreich der politische Presseverdränger vor Geschworene gestellt wird, verbleibt es in Preußen bei dem System, das sich in Breslau, Berlin, Magdeburg, Halle a. S., Königsberg und anderorts so vorzüglich bewährt hat. Erst kürzlich hat der Fall des Memeler Schandfäulenprozesses gezeigt, daß man in Württemberg und Bayern ruhig „majestätsbeleidigende“ Artikel veröffentlichen kann, die einem in Ostpreußen einviertel Jahre Gefängnis eintragen. Aus dem Unterschied der strafprozessualen Vorschriften resultiert also für Süddeutschland eine verhältnismäßig größere Pressefreiheit, der in manchen preussischen Provinzen ein Zustand der Rechtsunsicherheit gegenübersteht, gegen den das russische Zensursystem beinahe eine Wohlthat ist. Die Beseitigung dieser standalösen Rechtsungleichheit innerhalb des „einheitlichen“ Reichsrechts muß unbedingt gefordert werden. Das ist ein „liberaler“ Wunsch, ohne dessen Erfüllung die Strafprozessordnung doch in der Hauptsache nichts anderes wäre als die erneute Bestätigung eines alten Unrechts.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki. Einzlg. autorisierte Uebersetzung von Adolf Heß. (Nachdruck verboten.)

XXXIV.
Drei Tage später erschienen die Mutter und Sophie vor Nikolai als zwei ärmliche gekleidete Kleinbürgerinnen, in abgetragenen Stattenkleidern und Toden, mit Ringen auf den Schultern und Stiden in den Händen. Die Kleidung steck Sophie kleiner erschienen und machte ihr blaßes Gesicht noch strenger. „Du siehst gerade aus, als ob Du dein Leben lang gewallfahrtet hätte!“ bemerkte Nikolai zu ihr.

Als er sich von der Schwester verabschiedete, drückte er ihr kräftig die Hand und der Mutter fiel noch einmal diese Einfachheit und Ruhe im Verkehr auf. Weber Rufe noch schmelzende Worte, und doch, welche Aufrichtigkeit und gegenseitige Vorfröhllichkeit! Dort, wo sie gelebt hatte, listeten sich die Leute viel, sagten sich viele freundliche Worte, bisßen sich aber stets wie hungrige Hunde mit einander herum.

Die beiden Frauen schritten schweigend durch die Straßen der Stadt, kamen auf das Feld und gingen Schulter an Schulter auf dem breiten Wege, der sich zwischen zwei Reihen alter Birken hinzog.

„Werden Sie auch nicht müde?“ fragte die Mutter Sophie. „Sie denken wohl, ich bin wenig gegangen? Darauf verheße ich mich.“

Und mit fröhlichem Nscheln, als wenn sie von einem prächtigen Ainderreich erzählte, berichtete Sophie von ihrer rebovolutionären Arbeit. Sie hatte unter fremden Namen gelebt, falsche Pässe kennnt, sich verkleidet, vor Spionen verdeckt, verbotene Schriften publiziert nach verschiedenen Städten transportiert, verbannten Freunden zur Flucht verholfen und sie ins Ausland gelistet. In ihrer Wohnung war einmal eine Geheimbruderei, und als die Gendarmen das erfahren hatten und zur Haus-suchung erschienen, hatte sie sich eine Minute vor ihrer Ankunft als Dienstmädchen verkleiden können. Sie begegnete am Haus-eingang ihren Gästen und ging ohne Uebergeband, mit einem leichten Tuch auf dem Kopfe und mit einer Petroleumlampe in der Hand, im Winter, bei starkem Frost, durch die ganze Stadt, von einem Ende zum andern. Ein andermal kam sie in eine fremde Stadt zu ihren Bekannten, und als sie schon die Treppe hinaufstieg, bemerkte sie, daß bei ihnen eine Haus-suchung stattfand. Zur Umkehr war es zu spät, also klingelte sie entschlossen eine Treppe niederwärts, trat mit ihrem Koffer bei den Fremden ein und sah ihnen offen über ihre Lage Aufschluß.

„Sie können mich verraten, wenn Sie wollen, aber ich denke, Sie werden das nicht tun“, sagte sie überfröhllich. Die Leute ertrugen heftig und verdrachten die ganze Nacht schlaflos, erwarteten jeden Augenblick, daß man bei ihnen anknöpfen würde, konnten sich aber nicht entschließen, sie den Bekannten auszuliefern, und am Morgen lachten sie mit ihr über die Polizei. Ein andermal fuhr sie als Nonne verkleidet in demselben Waggon und auf demselben Band mit einem Spion, der sie aufzuklären hatte. Er rühmte sie, seiner Geschicklichkeit, und erzählte ihr, wie er das anstelle. Er war sicher, daß sie mit diesem Zuge in einem Waggon zweiter Klasse sahe, stieg auf jeder Station aus und meinte dann, wenn er zurückkehrte: „Nichts zu sehen... muß sich schlafen gelegt haben. Die Leute werden schlieflich auch müde... führen ein schweres Leben, gerade wie wir.“

Die Mutter hörte ihrer Erzählung lachend zu. Hoch und hager schritt Sophie mit ihren hübschen und starken Füßen leicht und fest auf der Chaussee dahin. In ihrem Gang, ihren Worten, in ihrer, wenn auch etwas dumpfen, so doch mutigen Stimme, und in der ganzen Gestalt lag viel Gesundheit, fröhliche Unternehmungslust und Streben in die Welt. Ihre Augen sahen überall etwas, was ihr geradezu kindliche Freude machte.

„Da sehen Sie, die prächtige Lanne!“ rief sie, der Mutter einen Baum zeigend. Diese blieb stehen und blickte hin. Die Lanne war nicht höher und nicht dichter wie die anderen.

„O ja, ein hübscher Baum!“ sagte sie lächelnd. Sie begegnete und überholte Bauern zu Fuß und auf Wagen und riefen: „Gruß Gott!“

Die Frühlingssonne brannte; wiech schimmerte die blaue Himmelstiefe, zu beiden Seiten des Weges zog sich dunkler Nadelwald hin, die Felder grünter, die Vögel sangen, ein deutlich zu spürender Garzgeruch streifte warm und zärtlich die Wangen.

Alles das zog ihr Herz zu ihrer Begleiterin mit den hellen Augen und der hellen Seele, und die Mutter elkte ihr unwillkürlich näher und bemühte sich, gleichen Schritt mit ihr zu halten. Manchmal kam aber in Sophies Worten etwas allzu Lautes, Schärferes zum Durchbruch, das der Mutter überfröhllich schmerzte und in ihr den bangen Gedanken erweckte: „Die wird Michailo nicht gefallen.“

Gleich darauf sprach Sophie aber wieder einfach, herzlich, und die Mutter blickte ihr freundlich in die Augen. „Wie sind Sie noch jung!“ sagte sie aufrichtig. „O, ich bin schon dreiuuderdreißig!“ rief Sophie. Frau Maslow lächelte.

„Davon spreche ich nicht... Ihrem Gesicht nach kann man

Sie für älter halten. Steht man aber in Ihre Augen, hört man Ihnen zu, so wundert man sich. Es kommt einem gerade so vor, als wenn Sie noch ein junges Mädchen wären. Das Leben, das Sie führen, ist unruhig, schwer und gefährlich, Ihr Herz aber lacht.“

„Ich fühle nicht, daß es mir schwer wird und kann mir kein besseres, interessanteres Leben vorstellen... Ich werde Sie - Mikolona nennen; Pelagea - das steht Ihnen nicht.“ „Nennen Sie mich, wie Sie wollen!“ sagte die Mutter nachdenklich. „Ganz wie Sie wollen... Ich sehe Sie immer an, höre Ihnen zu und denke nach. Wer belohnt Sie für Ihre Arbeit, für Ihr Mühen?“

Sophie antwortete, wie der Mutter schien, mit Stolz: „Wir sind schon belohnt!... Wir haben ein Leben gefunden, das uns befriedigt, ein freies, das alle Geisteskräfte zur Entfaltung bringt. Was kann man sich mehr wünschen?“

Die Mutter senkte den Kopf und dachte wieder: „Michailo wird sie nicht gefallen... nein.“ In vollen Zügen die süße Luft einatmend, gingen sie nicht schnell, aber doch mit ausgiebigen Schritten, und der Mutter war es, als wenn sie wirklich wallfahrte. Ihr fiel die Kindheit ein und die freudige Stimmung, in der sie einst zu dem wunderbaren Gottesbild nach einem fernen Kloster gepilgert war.

Bistweilen sang Sophie halblaut, aber hübsche neue Lieder vom Himmel, von der Liebe, oder zitierte Verse über Felder, Wälder und über die Wolga. Die Mutter aber nickte unwillkürlich. In ihrer Brust war es warm, still und nachdenklich, gerade wie in einem kleinen, alten Garten an einem Sommerabend.

XXXV.
Am dritten Tage kamen sie in dem Dorfe an. Die Mutter fragte einen auf dem Felde arbeitenden Bauern, wo die Zeerfabrik sei, und bald stiegen sie einen steilen Waldpfad, auf dem Baumwurzeln als Stufen lagen, zu einem kleinen, runden, mit Koffeln und Zeer überdachten und mit Hofkränen bedeckten Platz hinan.

„Da sind wir glücklich angelangt!“ sagte die Mutter, sich unruhig umblickend. Neben einer Hütte aus Stangen und Zweigen saßen an einem Tisch aus drei ungehobelten Brettern, die auf eingetrammen Böcken lagen, Kubin, ganz schwarz, in einem auf der Brust aufgeschöpften Hemde, Jesus und noch zwei junge Bur-schen beim Mittagessen. Kubin bemerkte sie zuerst, legte die Hände an die Augen und wartete schweigend.

„Guten Tag, Bruder Michailo!“ rief die Mutter schon von weitem.

(Fortsetzung folgt.)

Sehr stolz scheint das Reichsjustizamt auf die Neuregelung zu sein, die die Einziehung von Daten zur Rechtsprechung erfahren soll. Auch das wird als die Erfüllung eines „liberalen Wunsches“ gebucht, daß die Strafkammern bei den Landgerichten in Zukunft mit zwei Richtern und drei Ratern besetzt sein werden. Man wird sich darüber nicht täuschen, daß es in den allermeisten Fällen den beiden Berufsrichtern gelingen wird, wenigstens einen der drei Räte zu ihrer Ansicht zu bekehren. Sollte ihnen das aber nicht gelingen, so wird der Staatsanwalt Berufung erheben können bei einem Straffenat, der aus fünf Berufsrichtern besteht. Hier schlägt ein „liberaler Wunsch“ den anderen tot. Die vermehrte Einziehung des Laienelements und die Berufung gegen Strafkammerurteile, beide werden gewährt, mit dem Erfolge, daß die Berufungsinstanz den Einfluß des Laienelements wieder ausschaltet.

Für die leichtesten Straftaten, die Uebertretungen, soll in Zukunft der Amtsrichter allein zuständig sein, ohne Zuziehung von Schöffen. Das Laienelement wird also aus der Rechtsprechung gerade da ausgeschaltet, wo es in lebendigster Verührung mit den Volksmassen steht, hier soll der Amtsrichter allein repräsentieren und entscheiden als Vertreter der Staatsautorität. Und gerade hier liegt die Gefahr besonders nahe, daß junge Richter von ihrer Vollmacht Mißbrauch machen könnten. Der berühmte grobe Unfugparagraf wird damit ganz dem Amtsrichter zur Handhabung anvertraut und in dem ganzen Berufungsverfahren, das zunächst an eine Obergerichtskammer des Landgerichts, dann an einen Friedensrichterrat des Oberlandesgerichts geht, wird das Laienelement vollständig ausgeschaltet sein.

Ueber die Regelung der Zeugenpflichten — ein Kapitel, das durch manche Meinungsprozesse der letzten Jahre besonders aktuell geworden ist — wird weiter nichts mitgeteilt, als daß der Zeugniszwang der Presse abgeschafft werden soll — „in der Hauptsache“. Um die vollständige Erfüllung einer geradezu selbstverständlichen Forderung wird also auch hier noch gekämpft werden müssen.

Seitensvermittler pflegen dem Brautwerber, ehe sie ihm die ihm zugehörige Gefährtin in Person zuführen, ihre Photographie vorzulegen. Meistlich verfährt der Offiziosus der „Köln. Zeitung“; er bewilligt sich, ehe die neue Strafprozeßordnung ganz und gar wie sie ist, in Erscheinung tritt, in einer Liebhaberphotographie ihre sympathischen Züge hervorzuheben. Es liegt in der Natur solcher Bilder, daß sie mehr oder weniger geschmeichelt sind. Nebenst man das, so kann man der neuen Strafprozeßordnung, deren Klagen uns die „Köln. Ztg.“ verkündet und deren rofiges Miniaturporträtschen sie uns vorausschickt, doch nur mit peinlicher Aufmerksamkeit und scharfer Prüfung entgegensehen.

Politische Uebersicht.

Nach dem Eulenburg-Prozesse. Der Abbruch des Eulenburg-Prozesses hat in der Presse eine Flut von Betrachtungen und Interims hervorgerufen, von denen die des „Matin“ die auffälligsten sind. Der Berliner Vertreter des Pariser Maties hatte nämlich eine Unterredung mit dem Oberstaatsanwalt Jsenbrel:

Dieser erklärt, daß er schwere Stunden durchlebte, als er nach dem zweiten Moller-Gorden-Prozess, in dem er von Eulenburgs Unschuld überzeugt war, nun zum Ankläger des Fürsten werden mußte. Seine Aufgabe war um so schwerer, als er auch gegen das Mitleid kämpfen mußte, das Eulenburg dem Geschworenen einflößte. Aber der Staatsanwalt mußte seine Pflicht tun, Eulenburg habe — so sagte er — sich bewundernswürdig verhalten. (1) Am Ergebnis Ernst sei gar nicht zu zweifeln. Die Aussage Ribels allein habe nicht genügt. Bei einem einzigen Irrtum läßt man Fragen, ob Fürst Eulenburg einen Fallscheid wirklich oberunwissenschaftlich begangen habe. Im ersten Falle habe der Angeklagte sich in Haus zu erwarten, in anderen Gefängnis. Wie die Sache jetzt liege, hätte Dr. Jsenbrel sich zu demnach beantragen, aber vielleicht könnte sich später der Eindrud noch ändern. (?)

Die Gesprächigkeit des Berliner Staatsanwalts hat das lebhaft Belebende eines Teils der französischen Presse erregt; man findet es in Paris fessam, daß ein öffentlicher Ankläger seine Meinung über ein schwebendes Verfahren in Interviews kundgibt. Der französische Zabel kann aber Herr Jsenbrel, dessen Stellung ohnehin als erschüttert gilt, gefährlich werden, und da hat er sich beeilt, einem Interviewer der „W. Z. a. M.“ zu erklären, daß er dem Vertreter des „Matin“ nichts gesagt habe, was er nicht auch schon bei der Begründung der Vertagungsanträge ausgeführt hätte.

Auch Garben hat dem Berliner Korrespondenten des „Matin“ seine Ansicht über die Vertagung des Eulenburg-Prozesses mitgeteilt.

Er sagt, er habe diesen Ausgang erwartet und schon vor Monaten vorausgesagt, daß der Angeklagte sich der Verhandlung enthalten würde, wenn sie eine unangenehme Wendung nehme. Eulenburg sei allerdings krank, habe aber doch verstanden, mit bewundernswürdiger Festigkeit sein Leben zur Verteidigung zu hängen. Auf die Frage, ob er selber nicht Eulenburg des Mitleids würdig habe, antwortete Garben, daß er mit jedem Angeklagten Mitleid habe, aber er halte für mögliches Loyalitätsgefühl, sich, wenn man einen Kampf begonnen habe, aber den Verantwortung zu tragen und Verantwortung zu übernehmen. Garben erklärte weiter, Hofrat Ribel habe noch einen zweiten Versuch gemacht, den Zeugen Ernst zum Zeugen zu verleiten. Er habe im Februar 1908 dem Ernst einen unabhängigen Brief des Fürsten überbracht, den er, nachdem Ernst ihn gelesen, wieder an sich genommen und an den Fürsten zurückgeschickt habe. Auch der Zeuge Brand hätte bei seiner Vernehmung sensationelle Bekundungen machen müssen, er hätte über die Verletzungen ansagen können, die während dem Prozess des Reichstagspräsidenten Fürsten Fürst von Brand und dem Prozess Eulenburg bestanden.

Ganz vom anderen Ende als der Herausgeber der „Zukunft“ fassen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ die Sache an, indem sie meinen, die Grausamkeit einer solchen Prozeßverhandlung würde bei gleicher Sachlage einem Arbeiter oder gar einem Sozialdemokraten gegenüber niemals vorkommen, und daraus folgern, es gäbe heutzutage zweierlei Recht, ein mildes für das Proletariat, ein scharfes und rücksichtsloses gegen die Vertreter

von Rang, Besitz und Bildung. Diese Bemerkung ist ungefähr der Gipfel der Frechheit.

Vor dem Steuerzahlen bleich geworden. Der Geheimen Regierungsrat Professor Adolf Wagner veröffentlicht in konservativ-antisemitischen Blättern einen Artikel „Unser Steuersystem und die Ehit“, in der eine Stelle der Mittel- und Nachwelt aufbewahrt zu werden verdient. Ueber die im Herrenhaus gepflogene Diskussion über den Vorschlag, die Einkommensteuer bei einem Einkommen von über 100.000 Mark bis zu 4 Prozent zu steigern, erzählt der Geheimen Regierungsrat:

„Im Herrenhaus fand gerade dieser Punkt zunächst Abrechnung und die Vorlage schien momentan daran zu scheitern. Es hat großen Einfluß bedurft, um schließlich im Herrenhaus eine Majorität auch dafür herbeizuführen. Aber aus allerwärts beteiligter Stelle war zu hören, wie man wahrgenommen habe, als die 4 Prozent beschlossen worden seien, seien die Mitglieder des Herrenhauses bleich geworden. Nun, wenn ein Mann, der 100.000 Mk. und mehr hat — da erst tritt in Preußen 4 Prozent ein —, bleich wird bei 4prozentiger direkter Steuer, wie will er es einem ungebildeten Arbeiter verdenken, wenn der in übertriebener Weise verheißt sich gegen indirekte Steuern auslehnt, die ihn notorisch öfter mit mehr als 4 Prozent belasten?“

Also die Herren Herrenhäuser wurden vor Schrecken blaß, als sie von dem Beschluß des Abgeordnetenhauses erfuhren, tatsächlich für Einkommen von mehr als 100.000 Mark die Einkommensteuer auf 4 Prozent zu erhöhen. Mit welchem Schrecken mögen die „erlauchten und hochhehlen“ Herren des Herrenhauses, mögen die Herren Agrarier und Großindustriellen überhaupt erst der Fährnisse der bevorstehenden Reichsfinanzreform gedenken!

Aber wenn die Herrenhäuser über die Zumutung, bei einem Einkommen von mehr als 100.000 Mk. jährlich 4 Prozent an die Staatskasse abzuführen, schon vor Schreck erblickten, um wie viel mehr muß dann dem mit schwerer Arbeit nur seinen karglichen Lebensunterhalt gewinnenden Proletariate die Zornesröte ins Gesicht steigen bei der Zumutung, zu den ohnehin kolossalen indirekten Steuerlasten noch neue indirekte Steuern in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark aufzubringen!

Wilhelm II. für die „Vereinigten Staaten von Europa.“ Der englische „Abrüstungsagitant“ Sir Max Baedeker, der für die „Vereinigten Staaten Europas“ Propaganda macht, ist auf seiner Fahrt „Chemara“ wieder auf der See von Kopenhagen eingetroffen. Ueber sein Zusammenreffen mit Kaiser Wilhelm und König Gustaf hat Sir Baedeker in der Kopenhagener Zeitung „Vollständigen“ folgendes erzählt:

„Dem deutschen Kaiser wurde ich bei einer Gadenparty gelegentlich der Rielter-Konferenz vorgestellt. Der Kaiser war vom ersten Augenblick an überaus liebenswürdig; er sagte, daß er meinen Namen kenne, und daß er im voraus schon sich für den Gedanken, seinerzeit einen europäischen Staatenbund zu bilden, wodurch die Verschwendung der enormen Summen für Militär und Zoll vermieden werden könnte, lebhaft interessiere.“

Wiederholt sprach der Kaiser seine Billigung meiner Ideen aus und sagte zuletzt: „Ich reiße jedem Gedanken, der die große Sache des Friedens fördern kann, meine Hand!“ Den Plan der Bildung eines europäischen Staatenbundes unter deutscher Hegemonie, den der Kaiser angeblich selbst gehabt haben soll, erwähnte Sr. Majestät mir gegenüber nicht.

Nicht weniger angenehm überrascht wurde ich aber, eine ebenso große Sympathie für meine Pläne auch beim König von Schweden zu finden. Wenn Europas gefürchteter Rival den Gedanken billigen, sind wir auf dem Wege zur Durchführung meines Gedankens ein gutes Stück vorwärts gekommen.“

Die Vereinigten Staaten von Europa werden bereinst nicht von den „Gütern“ der Staaten, sondern von deren Völkern in die Tat umgesetzt werden, sie sind keine monarchische, sondern eine demokratische Aufgabe.

Die „Post“-Eitel freffen Christen statt Dikteln. Die „Post“ führt eine scharfe Polemik gegen den christlich-sozialen Reichstagsabgeordneten Behrens, weil dieser, wohl mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, eine Verstärkung der Verbreiter schwarzer Listen verlangt hat. Das freikonservative, mit der Nationalzeitung verbundene Blatt tritt demgegenüber mit aller Entschiedenheit für den Ausbau des Verfassungssystems gegen mißliebige gewordene Arbeiter ein. In dem fraglichen Artikel wird mit vollendeter Brutalität ausgeführt:

„Das Unternehmertum ist dabei im Anfang Lan und schloß gelangt. Seit 1904 aber hat es sich bekommen, und es benützt die gegenwärtigen, niedergehenden Konjunktur, um wieder Herr in seinem Hause zu werden. Es wird jeden Agitator und Antehemruhrer auf die Straße setzen, dessen es habhaft werden kann, und hofft damit die gewerkschaftliche Ueberhebung ganz bedeutend zu beseitigen. Wohlange hat es sich vom Sozialmoralismus verlesen lassen, der ihm aufgab, gegen den Arbeiter, der es brangsalieren, Edeldant zu üben. Jetzt wird glatte Rechnung gemacht werden. Geschäft gegen Geschäft. Gegen Streit und Sperr — Andersperung und schwarze Listen.“

Das Arbeitgebetum ist den Arbeitern viel zu lange politisch nachgelassen. Heute gibt es kaum noch einen Arbeiter im Deutschen Reich, der von dieser Vorheit nicht ebnlich gehillt wäre. Politisch freilich machen gegen die Forderungen der Handarbeiterschaft, das ist das beste Mittel für das Unternehmertum, sich auch wirtschaftlich durchzusetzen.“

Wohlgemerkt, dieser Wutausbruch richtet sich nicht sowohl gegen die freien, als besonders auch gegen die auf dem Boden der „göttlichen Weltordnung“ stehenden christlichen Gewerkschaften.

Die Maßregelung von Turnvereinen, von jeder eine Lieblingsbetätigung des königlichen Provinzialkollegiums zu Berlin, scheint auch unter dem neuen Vereinsgesetz fortdauernd. Nachstehender eigenartiger Erlass unter der Bezeichnung vom 20. Juni lautet:

„Schülerbetätigungen des Turnvereins „Fichte“ erhalten in Rammeln, die sie zur Verfügung gestellt haben, Dummheit durch solche Personen, welche nicht den nach der Staatsministeriumsanstalt vom 21. Dezember 1899 vorgeschriebenen Unterichtsbedingungen entsprechen.“

Wir unterlagen nunmehr auf Grund des § 11 der Vereinsgesetzgebung vom 22. Oktober 1817 gegen die ferner Vergabe von Räumlichkeiten zur Erteilung von Turnunterricht an Schülerbetätigten des Turnvereins „Fichte“, letztem

er von Personen, die nicht den Unterrichtsverhältnissen entsprechen, gegeben wird, vom Tage der Bestätigung dieser Verfügung ab unter Verwarnung, daß für jeden Fall der Zuwiderhandlung auf Grund des § 48 Nr. 2 der Verordnung vom 20. Dezember 1898 eine Freiheitsstrafe von 100 Mk. (einhundert Mark) gegen Sie festgesetzt werden wird, an deren Stelle im Reichsbeitragsfall eine Haftstrafe von zehn Tagen tritt.

(Unterschrift.)

Also auf Grund einer genau hundert Jahre alten Verordnung, die weder mit den Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes noch mit denen der Gewerbeordnung in Einklang zu bringen ist, wird hier die „Kaiserliche“ Beschäftigung der Turnvereine systematisch verfolgt. Besonders originell aber ist die eigentümliche Vorgehensweise, die durch die verfassungsmäßigen „Rechtsgarantien“ erfährt. Gegen die Verfügung ist nämlich nur der Beschwerdebeweg an das Ministerium offen, und zwar an dasselbe Ministerium, von dem die Verfügung ausgeht.

Die Dänen. Als ein Zeichen der Versöhnlichkeit gegenüber den Dänen wird es in der Nordmark betrachtet, daß im Kreis Lödener die letzte kommissarische Amtsverwaltung aufgehoben und durch einen Amtsvorsteher ersetzt wird. Augenblicklich werden die Polen schikariert, da dürfen die Dänen wieder Atem holen. Später dreht sich die Fahne wieder.

Beschlagnehmung aufgehoben. Die vom Amtsgericht verfügte Beschlagnahme eines Pakets holländischer Flugblätter ist auf die Beschwerde wieder aufgehoben worden, da sie tatsächlich nichts anderes enthielt, als eine Aufforderung zum Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation. Die Beschränkung, die bei dieser Affäre keine Vorbeeren ernteten, hatten keine gesetzliche Handhabe die Beschlagnahme aufrecht zu erhalten.

Schutz dem Koalitionsrecht der Privatangehörigen. Die sozialdemokratische Fraktion des Mannheimer Bürgervereins brachte zu der am Dienstag stattfindenden Sitzung diesen Antrag ein: „Das Kollektivum wolle beschließen, den Stadtrat zu ersuchen, daß städtische Lieferungen und Arbeiten weder direkt noch mittelbar an solche Firmen vergeben werden, die das Koalitionsrecht ihrer technischen und kaufmännischen Angestellten oder ihrer Arbeiter zu beschränken suchen.“

Noch ein großer Dichter. Anlässlich des Schulfestes in Münchenberg bei Gisterwerda prangte in einem Triumphezgen folgender „poetischer“ Gruß eines Lehrers:

Dies ist das schönste Schulfest heut,

Wo sich die Kinder freuen heut,

Wo Gottes Guad und Allmacht ist,

Für diesen lieben Schulfest ist.

Wenn der poetische Herr auch die deutsche Sprache lehrt, dann wird in dem Dite eine Generation von Dichtern aufwachsen, die — zum Himmel streit.

Preussische Eisenbahn und Katholikentag. Daß auch im Zeichen der Duldung das Zentrum noch immer die liebevollste Behandlung und größte Rücksichtnahme findet, zeigt wieder folgender Fall:

Am 23. August findet in Dörlsdorf das Bundesfest der westfälischen Arbeitergesangsvereine statt. Auch die Dortmunder Arbeitergesangsvereine wollen an dem Fest teilnehmen, und beantragten zu diesem Zwecke bei der Eisenbahnverwaltung einen Ertrag und Fahrpreisermäßigung. Jetzt ist die Antwort eingetroffen, daß dem Antrage nicht stattgegeben werden könnte. Die Eisenbahn könne an dem Tage weder einen Ertrag stellen, noch Fahrpreisermäßigung gewähren, weil am selben Tage der Katholikentag in Düsseldorf eröffnet werde, für den alles Material zu Erträgen bereitgestellt werden müsse.

Bei einigemmaßen gutem Willen hätte die Eisenbahnverwaltung für die Arbeitergesangsvereine sehr leicht auch noch einen Ertrag aus dem Hannoverischen Direktionsbezirk requirieren können oder würde ein Reiterverein auch keinen bekommen haben?

Deutscher Katholikentag. Die „Germania“ veröffentlicht die Einladung zur 55. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Der Katholikentag findet in Düsseldorf in den Tagen vom 15. bis 20. August statt. Das Programm ist das übliche: Glockengeläute, Arbeiterfestzug, Gottesdienst, öffentliche und geschlossene Versammlungen.

Köller geht. Der derzeitige Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, v. Köller, scheidet aus seinem Amt. Herr v. Köller ist von Fialto zu Fialto gekitt, erst verlor er es mit den Sozialdemokraten, dann mit den Dänen, bis er schließlich in Elsaß-Lothringen landete, um auch dort keine Vorbeeren zu ernten.

Der Nachfolger des Lucanus. Seit 1888 ist Lucanus Chef des Geheimen Zivilkabinetts und als solcher der Schatten aller Minister. In letzter Zeit wurde seine Erkrankung gemeldet und heute berichtet die „Nord. Allg. Zeitung“, daß der Regierungspräsident v. Valentini in Frankfurt a. O. mit seiner Vertretung beauftragt wurde. Dieser präventierte Erbe ist bisher noch nirgends hervorgetreten.

Die Wissenschaft getrübt durch Hausbesitzer-Interessen. Im Rathaus in Gärth beriet man über die Zulassung des Einbaus von Dachwohnungen. Die sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder traten dem Plan entgegen, weil die Wohngebäude dadurch kaum billiger, die gesundheitlichen Wohnverhältnisse dagegen durch Zunahme der Wohnungsdichtigkeit bedeutend verschlechtert würden. Da erklärte ein Arzt, Hofrat Meier ist der Name dieser wissenschaftlichen Autorität, daß es auf die gesundheitlichen Verhältnisse des Wohnungswesens keinen Einfluß habe, ob die Dachräume der Mietskasernen bewohnt sind oder nicht. Darauf stimmte das Hausbesitzerkollegium, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, für die Wohnverschlechterung.

Der Handel des Schutzbereiches Logo im Kalenderjahr 1907 weist nach dem im „K. Kol.-Bl.“ veröffentlichten vorläufigen Uebersicht eine Zunahme von 1.988.145 Mk., das sind 18,6 v. H., gegen das Vorjahr auf. Es betrug die Einfuhr 6.699.684 Mk., das sind 4,1 v. H. mehr als 1906, die Ausfuhr 5.915.609 Mk., 40,8 v. H. mehr. Der Gesamtandel betrug 12.615.293 Mk. gegen 10.682.148 Mk. im Jahre 1906.

Die Nichtkeit dieser Zahlen soll nicht in Zweifel gezogen werden, ob diese Entwicklung wirklich in kultureller Hinsicht wertvoll ist, das läßt sich erst beurteilen, wenn eine Spezifikation der Einfuhr und Ausfuhr vorliegt. Eine Hauptvermehrungsquelle der Kolonie Logo war bisher der Schnaps.

Anslaud.

Die jugoslawische Bewegung. Die Londoner Blätter bringen alarmierende Meldungen aus Konstantinopel über die Ausbeugung der militärischen Reserve in der europäischen Türkei. Nach diesen Depeschen zu urteilen, befindet sich die Türkei in einer sehr ernsthaften Krise. Im Donaufluß allein meutern 7000 Soldaten, und dieses Beispiel wirkt anstehend auf die Soldaten der übrigen Garnisonen. Die Meuterei erstarrt, sämtliche Generale der türkischen Armee, einen nach dem andern, zu ermorden, für den Fall, daß 38 Offiziere, die zur jugoslawischen Partei gehören, und die gegenwärtig im Gefängnis in der Hauptstadt schmachten, nicht sofort befreit werden. Die gesamte Garnison von Tadmess im Mosulsalontli hat gemeutert, indem die Truppen ihre Bezahlung, die seit zwei Jahren rückständig ist, verlangen.

Von einer Besserung der Lage in Argonien kann nicht gesprochen werden. Die gefälltesten Offiziere und Soldaten weilen immer noch in den Bergen. Kürzlich trat bei Verleitung einer Postkutsche des Sultan ein Soldat aus dem Gtebe und feuerte auf Himan Pascha zwei Schüsse ab, diesen leicht verletzend. Unter dem Verdachte, nun hier aus mit unangehörigen Verbündeten in Verbindung zu stehen, wurde der hochangesehene Molah Saib verhaftet.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Juli.

Der vor einigen Tagen verhaftete General Maltz wurde nunmehr wieder in Freiheit gelassen.

Aus Adrianopol wird gemeldet, dass 100 Offiziere das dortige Telegraphenamt besetzt halten und ähnliche Garantien wie die Revolutionäre von Monastir vom Sultan verlangen.

Der Korrespondent der 'Neuen freien Presse' in Saloniki stellt fest, dass die jungtürkische Bewegung das ganze dritte Korpsbereich beherrscht und auch auf das zweite Korpsbereich übergegriffen hat.

In Mexiko. Kreis Seres, hat eine griechische Bande das Haus des griechischen Konsuls überfallen.

Eine große Ortschaftsbande scherte am Sonnabend das Bulgarendorf Ribarkt ein und machte in unmenschlicher Weise 25 Weiber und Kinder nieder und verwundete 4 Männer.

Saloniki, 20. Juli. Majd Beh von Mesina, gegenwärtig in Starowa, ersuchte die Kaiserliche Gesandtschaft um Vermittlung bei dem Sultan gegen die Ersetzung einer Konstitution.

Die Unruhen in Mexiko. Seit längerer Zeit laufen Mitteilungen durch die amerikanischen und europäischen Presse, welche von Unruhen, Angriffen auf Fremde usw. melden.

Die Bewegung der Arbeiterchaft in Mexiko steht noch in den Anfängen, sie ist unklar und ungeschult, aber die kapitalistische Entwicklung und die Brutalität der amerikanischen Plantees werden das Ihrige tun, den Arbeitern die Überzeugung von der Notwendigkeit einer geistlichen Organisation beibringen.

Der Feld von Sull. Der russische Admiral Koschewnikoff ist in Bad Nauheim im Alter von 60 Jahren an einem Herzleiden gestorben.

Kavallerie gegen Streikende in Indien. 14000 Fabrikarbeiter in Bombay, die ausschließlich in Fabriken beschäftigt sind, die Indern gebören, traten in den Ausstand und sammelten sich um andere Fabriken, wo die Arbeit weiterbetrieben wurde.

Die beiden Europäer, die in der Trinkstube Asfucht geschickt hatten, sind Hüllen-Jugenteure. Sie wurden durch Steinwürfe schwer verletzt; auch mehrere europäische Polizeioffiziere wurden getroffen.

Arbeiterbewegung.

Ausperrungen. Die angedrohte Generalausperrung der Studenten im heimisch-westfälischen Industriegebiet ist, soweit Bochum in Betracht kommt, bisher keine Drohung geblieben.

Spitzelarbeit. Aus Mailand wird über die Attentatgeschichte folgendes berichtet: Der kürzlich verhaftete Baustillist Stern gelang heute ein, mit dem gleichfalls verhafteten Max Rosberg am Abend vor dem Attentat auf dem englischen Logischiff Almathea zwei Kilo-

* Eine neue Niederlage des Breslauer Polizeipräsidenten. Das die Breslauer Arbeiterschaft die Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes besser kennt, als die Polizei, zeigte heut Vormittag eine Gerichtsverhandlung, die vor dem Breslauer Schöffengericht stattfand.

Am 20. Mai fand bei Sankel in Pöpelwitz eine öffentliche Wählerversammlung statt, die nach dem Garten des Lokals einberufen und vom Polizeipräsidenten als Versammlung unter freiem Himmel genehmigt worden war.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wandmann, wies darauf hin, daß es sich um eine Versammlung der Wahlberechtigten gehandelt habe, die, sofern sie im Saale stattfand, einer Anmeldung überhört nicht bedürfte.

Das Urteil lautete auf Freisprechung. Das Gericht ließ es dahingestellt sein, ob es sich um eine Versammlung der Wahlberechtigten gehandelt habe und es aus diesem Grunde einer Anmeldung überhaupt nicht bedürft hätte.

* Zum Lohnkampf in der Hausdorffschen Brauerei melden die 'Schlesischen Nachrichten', daß von der Leitung des Brauereis Herrmannschachles dem Braumeister vier Arbeiter bis zur Beilegung der Differenzen überlassen worden sein sollen.

* Das Gewerkschaftskartell Breslau geht am Freitag, den 24. Juli, Abends 8 Uhr im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine Sitzung mit folgender Tagesordnung ab:

* Schauspielhaus (Direktion Erich Jiegel). 'Selbster' ging auch bei den bisherigen Wiederholungen mit stürmischem Beifall in Szene, so daß das heitere Werk vorläufig auf dem Spielplan verbleibt.

* Breslauer Sommer-Theater (Rebich's Etablissement). Heute Dienstag gelangt Feil's Philipp's wirksame Schauspiel-Novelle 'Die Ernte' zur nochmaligen Aufführung.

* Sommer-Konzerte. Im Garten von Rebich's Etablissement konzertiert heute Dienstag die Kapelle des 157. Regiments unter Leitung ihres Dirigenten Herrn D. Reibold.

* Zu dem nächsten Zusammenstoß zwischen einem Studenten und einem Lehrer. Der wegen Lottsch's des Studenten Hansisch angeklagte katholische Lehrer Georgow ist nunmehr außer Verfolgung gesetzt worden, nachdem sich schon im Vorverfahren ergeben hat, daß der Lehrer in Notwehr gegenüber einem gefährlichen Angriff des raufstüchtigen Studenten gehandelt hat.

* Ermittelt. Der auf dem Festungsplatz am Tage verunglückte Radfahrer ist nun endlich ermittelt; es ist der 35 Jahre alte Buchhalter Oskar Schmidt, der Rollwitzerstraße 15, 11 wohnt und eine Buchhandlung in dem Kontor der Haase-Brauerei auf der Ohlawer Chaussee inne hat.

* Unfälle. Am 19. d. M. ist ein Radfahrer, von der Straßenseite auf die Bahnstraße einbiegend, auf den Motorwagen der 2. Straßenseite eingedrückt; es wurde ungerissen und von Len Schuttbreiter an kurze Strecke geschleift.

* Genesung. Am Montag, den 20. d. Mts., kurz nach 10 Uhr Abends, wurde die Feuerweh nach Briggerstraße 83 gerufen; wo eine Lamp; explodiert war, ohne einen weiteren Brand zu verursachen, sodas die Feuerwehr nach einigen Minuten abziehen konnte.

* Verhaftet wurde in der Nacht zum 18. d. Mts. ein wohnungsloser Mann, der mit einem Gefährten zusammen in den Verlegswagen eines Schauspielers auf der Weinstraße eingebrochen war und darin von dem Besitzer betroffen wurde.

* Vermißt wird die 17jährige Frida Paulg, aus der Kleinen Scheitnigerstraße; ebenso der Arbeiter Karl Wilschowski, Sonnenstraße 6 wohnhaft.

* Diebstähle. Einem Buchhändler auf der Scheitnigerstraße wurde ein Rad, Marke 'Wesling' gestohlen; einem Formier auf der Pöhlstraße eine Kiste Steingut; einem Bierhändler von der Dehauerstraße durch einen neugemieteten Burschen, der verschwinden ist, eine Kiste mit 4 Kisten Zigarren; einem Portier von der Kaiser Wilhelmstraße 2 Schuhe.

Neueste Nachrichten.

Ganze Arbeit.

München, 21. Juli. (S. L.-B.) Der Bayer. Kurier' bemerkt die Berliner Meldung daß es sich bei der Elektrizitätssteuer nur um eine Pachtsteuer handle.

Fürst Eulenburg.

Berlin, 21. Juli. (S. L.-B.) Fürst Eulenburg wurde gestern Abend 7 Uhr vom Konferenzzimmer auf Anordnung der behandelnden Ärzte in das alte Zimmer im 1. Stockwerk zurückgebracht.

Valkanwirren.

Saloniki, 21. Juli. (S. L.-B.) In Sidkei erschoss ein junger türkischer Offizier seinen Regimentskommandeur, weil er der Birote Spionagedienste geübt hat.

Vom Wetter.

Budapest, 21. Juli. (S. L.-B.) Ein Wolkenbruch, der gestern über Ungarn niederging, richtete enormen Schaden an. In Beregse sind 16 Personen ums Leben gekommen.

Straßburg, 21. Juli. (S. L.-B.) Ein Dienstmann, der von einem anderen erfuhr, daß seine Frau ein Liebesverhältnis habe, verübte einen Mord. Er schloß den Liebhaber in der Nähe des Nieber-Denkmal's nieder und ließ sich dann von dem ihn verhaften den Schutzmänn ruhig abführen.

Mailand, 21. Juli. (S. L.-B.) Das italienische lenbare Luftschiff wird im nächsten Monat die Fernfahrten aufnehmen, nach dem die bisher angestellten Probefahrten einen befriedigenden Verlauf genommen haben.

Madrid, 21. Juli. (S. L.-B.) In Tetiffa wurde eine Bombenfabrik entdeckt. Man glaubt damit die Zentrale der terroristischen Anschläge gefunden zu haben.

Budapest, 21. Juli. (S. L.-B.) Die städtischen Vertreter von Weiskirchen, die größtenteils Deutsche, Rumänen und Serben sind, erteilen dem Bürgermeister Pöbda mit 32 gegen 22 Stimmen eine Abge, weil er anlässlich der Anwesenheit des Erzherzogs Leopold Salvator sich nicht vom Siege erhoben hatte.

Honkong, 21. Juli. (S. L.-B.) Die jüngsten Ueberschwemmungen haben die Ernte vollständig vernichtet. 300.000 Menschen leiden unter der Hungersnot.

Aus Schlesien und Posen.

Liegnitz, 21. Juli. Auslegung der Wählerlisten zur Stadterordnerwahl. Unsere Genossen werden nochmals darauf hingewiesen, daß die Einsichtnahme in die Wählerlisten nur noch bis zum 30. Juli, in der Zeit von Morgens 9 Uhr bis Nachmittags 6 Uhr im Rathaus erfolgen kann.

Ausstehende Listen. Die noch nicht abgelieferten Listen der Landtagswahlbezirke 13, 17, 18, 19, 20, 25, 32 und 37 müssen sofort abgeliefert werden.

Werbt neue Abonnenten!

Das Proletariat kann in seinem schweren Kampfe gegen die herrschenden Klassen die Presse nicht entbehren. Sie ist seine schärfste Waffe. Diese Waffe noch immer mehr zu verschärfen, muß allezeit Aufgabe eines jeden Partei- und Gewerkschaftsgenossen sein.

Werbt neue Abonnenten!

Breslauer Marktbericht.

Veröffentlichungen der Rådtschen Markt-Notierungs-Kommission.
Breslau, 20. Juli 1908.
Pro 100 Kilogramm

	gute	mittlere	gering.	Sorte
Weizen weicher	22,-	21,40	21,30	20,80
Weizen gelber	21,60	21,30	21,20	20,80
Roggen	17,60	17,20	17,10	16,70
Erbsen	17,-	16,80	16,40	15,50
Bohnen	15,-	14,80	14,70	14,50
Kafer	15,80	15,10	15,-	14,40
Bitterkorn	24,-	23,-	22,-	21,-
Hirsen	20,50	20,-	18,80	17,80
Winterweizen			24,-	18,-

Die monatliche Abrechnung der Bezirksführer findet Montag, den 27. Juli, Abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen statt. Wir bitten, vollständig zu erscheinen. Auch diejenigen Bezirksführer, die vorher abgerechnet haben, sollen anwesend sein, da nach Erlebiung der Kassengeschäfte stets noch andere wichtige Dinge zu besprechen sind.
Der Vorstand.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags

W. F. Sartisch. Die Frau ist nicht berechtigt, die 8 Mk. Mietgeld von dem Lohn in Abzug zu bringen.

Waldenburg. Danken erhalten. Freue. Gruß!
C. 031. C 20 bedeutet Krankeiten der Schutorgane des Auges (Vider, Wiedehütte, Tränneweg).

A. 50. Weinstube. Sie müssen die Steuer für das erste Quartal 1908 bezahlen, wenn Sie zu dieser Zeit in Breslau wohnhaft waren.

Sch., Salsfr. Wir haben beim besten Willen keine Zeit, Ihnen eine Mietangebotsliste zusammenzustellen. Sie bekommen aber in jeder Buchhandlung einen Führer, der noch nicht eine Wacht kostet.

2. Georgenstr. 1. Der Vertrag ist nicht gültig. Wenn Sie aber Ihre Frau nicht schämen wollen, werden Sie ihn anerkennen müssen. 2. Sie können Ende Juli räumen.

an der Lohestraße. Die Wohnstraße. Die Genossen mit Angehörigen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Bei ungünstigem Wetter erst 1 Tage später.

Versammlungen und Vereine.

Secretariat für Bauarbeitersch.
Bureau: Adlerstraße 3. Telefon 8858.
Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 21. Juli:
Arbeiter-Sänger-Bund (Ordnungsgruppe Breslau). Abends 7½ Uhr: Ausschussführung im Zimmer 5.
Steinarbeiter. Versammlung im Billardzimmer Punkt 7 Uhr Abends.

Mittwoch, den 22. Juli:
Arbeiter-Abfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Achtung Bezirksführer!

Die monatliche Abrechnung der Bezirksführer findet Montag, den 27. Juli, Abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen statt. Wir bitten, vollständig zu erscheinen. Auch diejenigen Bezirksführer, die vorher abgerechnet haben, sollen anwesend sein, da nach Erlebiung der Kassengeschäfte stets noch andere wichtige Dinge zu besprechen sind.
Der Vorstand.

Distrikt 2 (Sauerbrunn).
Sonntag, den 26. Juli, Mittags 2 Uhr: Ausflug nach Kleindorf zu Thamm. Treffpunkt Mittags 1½ Uhr im Restaurant „Zum Roland“, Ecke York- und Herzdorfstraße. Um rechte Teilnehmung ersucht.
Der Distriktführer

Distrikt 14 (Ohlauer Tor).
Donnerstag, den 23. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft aller Mitglieder. Vorbereitung über einen Ausflug.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor).
Sonntag, den 26. Juli: Familienausflug nach Klein-Bandau (Gerichtstetscham). Treffen der Teilnehmer früh 8 Uhr

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Saub)-Neumarkt.

Saub-Distrikt 3.
Bezirk 3, Groß-Neuborn. Sonntag, den 26. Juli, Nachmittags 3 Uhr: Zusammenkunft und Abflug bei Kiewitsch in Opperau. Wahl eines Bezirksführers. Jeder erscheine.

Ohlau. Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter von Ohlau, Betschewitz und Märzdorf. Sonntag, den 26. Juli, Nachmittags 3 Uhr, findet in Ohlau (Arbeiter-Kassette) eine kombinierte Vorstandssitzung der oben angeführten Vereine statt. Der wichtigsten Tagesordnung wegen wird um recht zahlreiches Erscheinen ersucht.

Siegen. Sozialdemokratischer Wahlverein. Donnerstag, den 23. Juli, Abends 8 Uhr: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht und Kassenbericht. 2. Abrechnung der Landtagswahl und der Waimarkt. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Bericht von der Kreisversammlung und Verschiedenes. — Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.

Brieg. Wahlverein. Donnerstag, den 30. Juli, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Hoffmann. Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigen des Mitgliederbuches gestattet. Zahlreiches Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Gottesberg. Das Arbeitersecretariat befindet sich Fürstenerstraße 19, eine Treppe. Sprechstunden: Jeden Donnerstag von 10 Uhr Vorm. bis 4 Uhr Nachm.

Neustadt O.S. Sommerfest der Gewerkschaften. Sonntag, den 26. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Grabenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schögl. — Druck von Th. Schögl & Co. — sämtlich in Breslau.
Stierzu 1 Beilage.

Gewerk-
schaftshaus
Margaretenstr. 17

Schauspielhaus
Dienstag, Abends 8 Uhr:
„Geißhörn.“
Mittwoch, Abends 8 Uhr:
„Geißhörn.“

Breslauer Sommer-Theater.
(Lieblich's Etablissement)
Dienstag, Abends 8 Uhr:
„Die Ernte“.
Schauspiel in 3 Akten v. Felix Potpourri.
Im Garten: **Reidock.**
Mittwoch, Abends 8 Uhr:
Einakter-Abend.

Zeltgarten.
Dir. H. Krawinkel.
Im Garten:
Ganz neues Programm.
Damen-Ringkampfkongkurrenz!
3 interessante Kämpfe.

Palmengarten
Dir. H. Krawinkel.
Damen-Trompeter
„Lyra“
Entree frei.

„SCALA“
Nikolaistrasse 27.
Dir. Conrad Scholz.
Einiges Sommer-Variété mit überausreichen Zuschauerprogramm.
Täglich, Abends 8½ Uhr:
Nick Carter
Gastspiele:
Vorletzter Tag.

Die grösste Sensation New-Yorks.
Der **Leuchtturm** von **Sandy-Bay.**

Sonntag, d. 2. August
Nachm. 4 Uhr:

Am 17. Juli verstarb infolge Unglücksfalles unser treuer Verbandskollege
Max Feiertag
im blühenden Alter von 23 Jahren 11 Monaten.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder des Zentral-Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands
(Zweigverein Breslau und Umgegend).
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital. 3598

Am 17. Juli verschied infolge Unglücksfalles unser lieber Freund und Kollege, der Bauarbeiter
Max Feiertag
im Alter von 24 Jahren. 3595
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren
Die Kollegen vom Werner-Garten.

Am 19. Juli verschied unser Verbandskollege, der Klempner
Robert Lübek
im Alter von 44 Jahren. 3601
Ehre seinem Andenken!
Seine Freunde und Mitarbeiter des Emailierwerks „Silesia“.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr.
Trauerhaus: Am Wäldchen 22.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres durch einen Unglücksfall verlorenen Sohnes, Bruders, Schwagers, Onkels und Cousins
Wilhelm Kluge
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Freien Turnerschaft, dem Gesangsverein „Ein Herz, ein Sinn“, sowie den Kollegen der Firma Meinecke unseren innigsten Dank.
3600
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich insbesondere dem M.-G.-V. Liberté, sowie den Kollegen und Kolleginnen der Firma Pietsch & Wittig meinen herzlichsten Dank.
3597
Frau Anna Krohe.

Goldoni Cigaretten
Anerkannt feinste Marken.

Reform-Zigaretten, 10 Stück 10 Pfg.
Beliebt, gut, preiswert und überall erhältlich, sind die Zigaretten der
Compagnie Laferme
in Dresden: 2809
Vielliebchen Nr. 82 10 Stück 20 Pfg.
Reform Nr. 1 10 Pfg.

Das beste Waschmittel
Dr. Thompson's SEIFENPULVER
1/2 Z. Paket 15 Pfg.
SCHUTZ-MARKE

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 Stück 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 6292
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäfts:
Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schrotgasse,
Summersri 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Sozialdemokratische Flugschriften.
Bisher erschienen:
Heft 1.
Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung.
Heft 2.
Vollbildung, Wissenschaft, Kunst und Sozialdemokratie.
Heft 3.
Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.
Heft 4.
Die Sozialdemokratie und die technischen Angehörigen in Industrie, Gewerbe, Bergbau, Schiffahrt u. Landwirtschaft.
Jedes Heft kostet 10 Pf.
Buchhandlung „Volkswacht“

Für 1425
Zigarrenmacher!
Alle Schokolade für Zigarrenfabrikation empfohlen in grösster Auswahl und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Rode
Breslau, Hammerstr. 28.

Rechte u. Pflichten des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Miethrecht von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerl. Gesetzbuch bearbeitet und ist ein richtiger Führer durch das Miethrecht.
Buchhandlung Volkswacht.

Walzer-Konzert

Victoria-Theater
Original Budapest Orpheum-Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Bene Wochentags gültig.

Halbfleisch 60-70 Pf. [3504]
Rindfleisch 60-70 Pf.
ohne Knochen 80-85 Pf.
Fleischerei Trebnitzerstr. 18.

Plus Jede kluge Mutter
gebraucht stets zur Erziehung, die aus dem Reich-Verein Werner Schlegel, Breslau I, Pflanzstr. 21, gefordert 2, R.-M.-Bl. 4, 6, 8, 10, 12 Mk. Bestellung angeschlossen. Für Damen separat L. Bz., Cansbergweg, Auswärts direct nachname.
Zahlreiche Anerkennungen.

Bettfedern und fertige Betten.
 reoll
Spez.: Brandenburger. Preisliste gratis und franko.
Julius Immergut
Bresl., Reuscherstr. 16/17.

Schulamzüge, Hühnerleiter
diese Waschmittel-zuzüge, Faden und Hosen billigst bei
Wilhelm Knauerhase
jetzt nur 3066
Kupferschmiede-Strasse 17.
Schwamm-Feiler erhalten 5% Rabatt.

8 Pf. Reformier 8 Pf.

Programm 30 Pfg.

Ernteausichten.

Wir stehen nicht vor der Getreideernte, und die Frage, wie es um die Versorgung der Welt mit Brotkörnern bestellt sein wird, fordert besondere Beachtung.

In Deutschland lauten auch die Junberichte günstig, und man rechnet mit einer guten Ernte, die vielleicht höhere Erträge liefert, als irgend eine seit vielen Jahren.

Auch England, Frankreich, Belgien und Holland scheinen einer sehr günstigen Ernte entgegenzusehen. Die beiden südlichen Länder, Italien und Spanien, hatten teilweise unter übermäßiger Dürre zu leiden.

Ungünstiger sind die Aussichten in Ungarn. Hier besteht eine amtliche Schätzung des Ackerbauministeriums, die folgendermaßen lautet: es wird der voraussichtliche Ertrag in Millionen Doppelzentnern geschätzt: Weizen 36,4, Roggen 11,64, Gerste 11,88, Hafer 9,94; dagegen waren die tatsächlichen Erträge des Vorjahres: Weizen 32,0, Roggen 16,69, Gerste 13,73, Hafer 11,54 Millionen Doppelzentner.

In Rußland schätzt das Ackerbauministerium die zu erwartende Weizenernte etwas höher als im Vorjahre, nämlich auf 184,44 Millionen Hektoliter gegen 183,57 Millionen im Vorjahre. In Indien sind die Schätzungen hier stets zu optimistisch, und das dürfte in diesem Jahre ganz besonders der Fall sein.

In den Vereinigten Staaten wird mit einer mäßigen Ernte gerechnet. Das Ackerbauministerium schätzt die zu erwartende Weizenernte auf 660 Millionen Quartern gegen 635 im Vorjahre, 735 im Jahre 1906 und 693 im Jahre 1905.

Das Resultat wäre also folgendes: die Länder, die Getreide einführen, haben im allgemeinen gute, über den Durchschnitt hinausgehende Ernten zu erwarten, während von den Ausfuhrländern keines eine an den Durchschnitt heranreichende Ernte aufweist.

Adolf Hoffmann, ein Proletarier.

In der Berliner 'Die Zeit am Montag' schildert der lebende preussische Landtagsabgeordnete Ad. Hoffmann auf Erzählungen seine Lebensschicksale. Sie zeugen von den vielen Schwierigkeiten, von dem entlosten Mühen, mit denen ein Arbeiter zu rechnen hat, wenn er sich wirtschaftlich und geistig in die Höhe arbeiten will.

Meine Jugendgeschichte würde ein dickes, nicht uninteressantes Buch füllen, hier hast Du einige Striche: Ich kann einige Tage vor dem Tode meiner Mutter zu armen, aber reichhaltigen Leuten in die 'Stube'.

Daraus erklärt sich, daß vorläufig die Getreidepreise in Deutschland trotz der bevorstehenden reichen Ernte hoch bleiben. In Berlin wird ein Preis von 210 Mark für Weizen und von 182 für Roggen pro Tonne notiert.

Die Agrarier schwimmen in Wonnen: reichliche Ernte und trotzdem abnorm hohe Preise - das ist das Resultat der erhöhten Bölle.

Das Endziel des Klassenkampfes.

Sobald die Arbeiterklasse sich nun also die Frage vorlegt, welche Produktionsweise sie an die Stelle der für sie unerträglichen Kapitalismus setzen will, so wird sie sofort die Rückkehr zum Kleinbetrieb ausschließen.

Erstens, weil es unmöglich ist. Könnte man auch alle großen Maschinen zerschlagen und die Fabriken niederbrennen, die alte friedliche Ruhe des Kleinbetriebs würde doch verloren sein. Denn in unseren Köpfen flut die Wissenschaft, die zusammengepreßte Erfahrung und Erfindung vieler Jahrhunderte, die uns befähigt, neue Maschinen zu machen, und trotz der schärfsten Verbote würde in kurzer Zeit eine neue Großindustrie entstanden sein.

Über es würde auch nicht einmal ertoluscht sein. Diese Großindustrie, diese Erhöhung der Produktivität hat es ermöglicht, zahlreiche Verbrauchsgegenstände mit geringer Arbeit herzustellen; sie hat unsere Bedürfnisse bereichert, und dem Armmsten Bequemlichkeiten des Lebens gewährt, auf die früher der Reichste verzichten mußte.

Die einzige Möglichkeit, die Ausbeutung der großen Masse durch eine kleine Parasitenklasse zu beenden, besteht also darin, die Produktionsmittel in gemeinschaftliches Eigentum überzuführen. Die großen Maschinen können nicht mehr, wie die früheren kleineren Werkzeuge, von jedem einzelnen für sich besessen und benutzt werden.

Der gemeinschaftliche Großbetrieb als Typus der von uns erstrebten Produktionsweise ist nicht von uns erfunden worden; der Sozialismus ist nicht schlaun von uns erdacht worden, als das beste Mittel, um aus der Patsche herauszukommen, in der wir etwa durch die Expropriation der Kapitalisten geraten seien.

'Der reiche Mann ist tot, und ich kann jetzt nicht mehr so viel auf das Balm zählen und wenn Sie es nicht für ... (etwa den letzten Teil des bisherigen Vorgehens) behalten wollen, dann muß ich den Balm verschicken.'

Die armen Leute bestellten mich, weil, wie die alte Frau später oft sagte, sie von dem 'Stebpe', der wie Haut und Knochen zu ihr gekommen war, nicht mehr lassen konnte. Sie hielt auch dann Wort, als schließlich jede Zahlung ausblieb, bis zu ihrem 1867 erfolgten Tode.

Endlich war ich nach langen Irrfahrten in der Provinz Brandenburg wieder mit 13 Jahren als herrenloses Gut in Berlin angelangt, wo ich bei den neuen Pflegsleuten unter dem Namen 'Surenbalg' geführt wurde, weil meine Mutter, die als rechtshaffenes, ehrliches Mädchen in ihrer Stellung verfaßrt worden war, nicht die Mittel und die Gewissenhaftigkeit besaß, ihren 'Fehltritt' in einem modernen Badesort zu beistellen.

Im April 1890 wurde ich Redakteur des damals in Halle für den Zeiter Kreis von mir begründeten 'Volkswort'. Ich war nach der Affäre mit dem Kriminalkommissar Meinet, der, als er versuchte, mich im Jahre 1891 als politischer Spitzel zu kaufen, in Gegenwart des Reichstagsabgeordneten Flos damals in meiner Wohnung am Ostbahnhof so lärmendst hinfestieß, wegen Vortratsbestehung angeklagt und dann freigesprochen worden.

Sichtbaren Entwicklungstendenzen des Kapitalismus haben wir die Forderung unseres Endzieles geholt.

Der Kapitalismus, wie er jetzt ist, ist nicht mehr der Kapitalismus der guten alten Zeit. Damals raubten sich die Kapitalisten und prügelten einander durch in der freien Luft einer ungezügelter Konkurrenz; wer fiel, blieb liegen, und so wurden der lustigen Kämpfer immer weniger.

An Stelle der Konkurrenz die Koalition! Das ist die Lösung des neuen Kapitalismus. Zuerst sind die Koalitionen lose und zeitweilig; sie fangen an mit Abmachungen über die Preise allein. Da aber trotz der Abmachung jeder einzelne doch der Versuchung des Extraprofits nicht widerstehen kann, auch wenn dafür Umgehung oder Brechung des Bündnisses notwendig ist, und da dennoch die Aufrechterhaltung der Koalition im Gesamtinteresse aller ist, muß man zu immer stärkeren Formen des Bündnisses kommen.

Vergleicht man diese neue Form des Kapitalismus mit seiner klassischen Gestalt, so sieht man als Folge des Wegfallens der freien Konkurrenz einerseits die Aufhebung eines starken Stachel, der zum technischen Fortschritt treibt, und der von den liberalen Ökonomen des Kapitalismus immer als sein großer Vorzug angepriesen wurde.

Mein diese neuen, zweckmäßigen Einrichtungen dienen nur dazu, um die Konsumenten, die große Volksmasse, zu plündern zu Gunsten einer Handvoll Hunderttausende.

Rebellion ist nach dem Falle des Sozialistengesetzes im Oktober 1890 mit dem 'Volkswort' nach Zeig über, wo ich bis 1893 Redakteur des Blattes war, dann wieder nach Berlin zog und meinen Theaterbuchhandel begründete. Das ich als Redakteur mehrfach Gefängnisstrafen erlitt, ist selbstverständlich. Zur Partei gehörte ich seit 1876. Zum Reichstage kandidierte ich 1887 im Merseburger, später im Zeitzer Kreise. Vor der letzten Reichstagsauflösung vertrat ich den 22. schiffischen Wahlkreis (Reichenbach-Querbach i. Vogtl.). Seit 1890 gehörte ich dem Berliner Stadtverordnetenkollegium an.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Das neue Edekerneß. Gegen das Sommertheater in Brandenburg wurde der Anstoß angedreht, weil eine Vorstellung des 'Fürstmann Gentsch' für die organisierte Arbeiterklasse geplant war. Infolge der Volksstörung wurde das Theater dem Arbeiterbildungsvereinsauschuß verweigert.

Funshundertjahrjubiläum der Universität Leipzig. Nicht sehr lange nach der Universtität Jena wird auch die Leipziger alma mater ihr Jubiläum feiern. Die nächste Hochschule entstand im Jahre 1409, als 2000 deutsche Studenten wegen Kaserer, mit den Ablehnern ausgebrochener Streitigkeiten unter Führung der Professoren Otto v. Münsterberg und Johann Hoffmann aus Prag nach Leipzig auswanderten. Als Stützungsdiag gilt der 4. Dezember 1409. Zum Rektor des Jubiläumjahres ist jetzt, wie aus Leipzig gemeldet wird, Geheimrat Dr. R. Binding, Professor des Strafrechts und Staatsrechts, gewählt worden.

Aus aller Welt.

Gewitterstürme in Norddeutschland. Der Sonntag brachte eine Reihe schwerer Gewitterstürme, die in Norddeutschland an vielen Stellen Unheil anrichteten. In Berlin lösten sich schon am Morgen von 6 bis 8 Uhr ununterbrochen Gewitter ab, die von wüstenbruchtartigen Regens begleitet waren.

Gewitterstürme in Norddeutschland. Der Sonntag brachte eine Reihe schwerer Gewitterstürme, die in Norddeutschland an vielen Stellen Unheil anrichteten. In Berlin lösten sich schon am Morgen von 6 bis 8 Uhr ununterbrochen Gewitter ab, die von wüstenbruchtartigen Regens begleitet waren.

Der Widerstand des ganzen Kapitalismus, wo alle Fortschritte der Produktion nur einer kleinen Minderheit zu gute kommen, findet sich also in seiner neuen Entwicklungsform in höherer Potenz wieder.

Neben den Krüppeln gibt es noch eine andere Entwicklungsform des Kapitalismus, die zwar nicht erst in der allerneuesten Zeit entstanden ist, aber doch eine Entwicklungstendenz dieser Produktionsweise anzeigt. Schon lange gab es besondere Branchen oder Berufsklassen, die ihrer besonderen technischen Natur nach für die privatrechtliche Konkurrenz ein wenig geeignetes Objekt bildeten. So die Eisenbahnen und Straßenbahnen, die Versorgung von Dörfern und Pöbeln, die Versorgung der Städte mit Wasser, Gas, Elektrizität. Wo sie daher als privatrechtliche Betriebe auftreten, tragen diese den Charakter eines Monopols, und zwar eines gesetzlich verliehenen Monopols. In der Konzeption solcher Unternehmungen wird immer gegen bestimmte Verpflichtungen, Abgaben oder Gewinnanteile von der Gemeinde oder vom Staate eine Monopolstellung verliehen. Wenn solche Gesellschaften dabei gute Geschäfte machen, erheben in der Regel die Konsumenten den Ruf nach Verstaatlichung, damit die erzielten Gewinne entweder zur Herabsetzung der Preise oder der Lasten, oder zur Herabminderung der Steuerlast verwendet werden können. In demokratischen Ländern ohne starke sozialistische Bewegung geht diese Triebkraft meist von dem Bürgertum aus. Das hier als Vertreter der Konsumenteninteressen auftritt, weil es am schwersten durch die Monopolisten geplündert wird; und dort gelingt es dann sehr oft, Staats- oder Gemeindebetriebe an die Stelle der Privatmonopole zu setzen. In anderen Fällen sind es auch besondere Regierungsinteressen gewesen — wie bei den deutschen Eisenbahnen — die zum Staatsbetrieb geführt haben.

Diese Produktionsform wird oft mit Staatssozialismus und Gemeindefozialismus bezeichnet. Daß es mit diesen Arten „Sozialismus“ noch nicht weit her ist, beweist die Tatsache, daß sie mit einem gleichbedeutenden Wort auch Staatskapitalismus genannt werden. Sie bilden eben eine Zwittterform. Von dem echten Kapitalismus trennt sie die Tatsache, daß eine Körperschaft, welche die Gesellschaft politisch vertritt, Staat oder Gemeinde, als alleiniger Unternehmer auftritt. Hier kann also die Produktion oder der Betrieb ganz dem Bedürfnis angepaßt werden; sie ist hier bewußt geregelt. Durch diese Eigenschaft benutzen wir sie oft in unserer Propaganda als Beispiel für unsere Behauptung, daß eine Regelung der Produktion sehr gut möglich ist durch den Regiermaß, die Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus. Sobald es Monopolismus ist, zeigen eben diese Betriebe mit dem Kapitalismus gemein, daß sie auf Ausbeutung beruhen; die Arbeiter in diesen Betrieben werden ausgebeutet, aus ihnen wird ein Profit herausgeschlagen, und während die besondere Natur ihres Unternehmens in demokratischen Ländern, wo die im Parlament auftretende öffentliche Meinung Einfluß hat, für sie einen Vorteil bietet, bildet sie durch die größere Abhängigkeit und Verfallung einen Nachteil in absolutistisch regierten Ländern.

Deshalb ist es auch völlig daneben geschlagen, wenn unsere Gegner diese Staatsbetriebe als Musterbeispiele des Sozialismus hinstellen wollen. Das sind sie durchaus nicht; wir führen sie nur an als Beispiele der Ordnung, die in der Produktion möglich ist. Aber sind sie noch kein Sozialismus, so sind sie schon der rechte Kapitalismus nicht mehr. Ihre Entwicklung weist schon hin auf eine neue, höhere und bessere Produktionsweise.

Man könnte uns hier entgegenwerfen, und zwar mit Recht, daß nur die sehr besondere technische Natur dieser Betriebe sie für die Staats- oder Gemeindeverwaltung geeignet machte, und daß die besondere Natur der anderen Industrien diese besser für den Privatbetrieb eignet. Dieser Einwurf ist richtig, oder war wenigstens richtig; denn

erst die neueste Entwicklung hat ihn unrichtig gemacht. Nicht von Sozialisten, sondern von zahlreichen bürgerlichen Vorführern wird in Amerika die Forderung der Verstaatlichung der Kräfte erhoben. Zwar ist diese noch nicht zur Tatsache geworden; aber die Forderung beweist, daß in Amerika diese Industrien, bisher unbestrittene Ummessplätze privatrechtlicher Bindungen und Unternehmungen, für den Staatsbetrieb reif erachtet werden. Das nämlich gilt für die Kohlenindustrie in Deutschland. Durch die Entwicklung dieser neuen kapitalistischen Betriebsformen zu privaten Monopolen ist die Voraussetzung erfüllt, die nötig ist, um sie zu öffentlichen Monopolen umzuwandeln.

In den Krüppeln und den öffentlichen Betrieben zeigen sich also die Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus. Sie zeigen, daß die Ideale des Sozialismus nicht aus der Luft gegriffen, nicht in dem Gehirn ausgeheckt, sondern der Wirklichkeit entnommen werden. Diese Entwicklung zeigt, daß die wichtigsten, der ganzen gesellschaftlichen Produktion zu Grunde liegenden Industrien immer mehr zu Monopolen in den Händen einer kleinen Gruppe von Millionären werden, die ihre Herrschaftstellung zur schamlosesten Ausbeutung der weitesten Volksklassen benutzen. Diese Monopole in die Hände der Gemeinshaft überzuführen, damit sie von Ausbeutungsmitteln zu Grundlagen einer vernünftigen Wirtschaft werden können, muß das nächste Ziel einer in die ökonomische Entwicklung eingreifenden revolutionären Klasse sein.

Dies bedeutet aber nicht einfach die Überführung dieser Monopole in Staatsbetriebe. Der jetzige Staat ist kein Vertreter der großen Volksgemeinschaft, sondern der bestehenden Klasse. In Amerika haben die Trümpfen einer Verstaatlichung der Kräfte schon im voraus unwirksam gemacht durch ihre Verstaatlichung des Staates. Die Grundbedingung für die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse ist daher die Befreiung der Staatsgewalt durch das Proletariat. Der siegreich zu Ende geführte Kampf um die Eroberung der politischen Gewalt wird erst die Arbeiterklasse in den Stand setzen, den Kapitalismus aufzuheben und durch den Sozialismus zu ersetzen.

Partei-Angelegenheiten.

Der Nixdorfer Wahlverein hat unter anderem gegen zwei Ausschlußanträge gestellt, weil sie nicht rechtzeitig von ihrem Verbandstag in Köln zurückgenommen sind, um an der Vandalienwahl teilzunehmen. Dazu veröffentlicht Genosse Fröhlich im „Vorwärts“ eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Bei diesen zwei Ausschlußanträgen soll es übrigens nicht sein Verbrechen haben, da von den 25 Delegierten zur Kölner Nixdorfergeneralversammlung noch eine Anzahl in Betracht kommen, die, obwohl sie keine Rheinreise unternahmen, doch auch nicht rechtzeitig aus Köln zurückkehrten, das heißt soweit sie Wähler 2. Klasse waren, nicht Morgens 10 Uhr hier eintrafen, da spätere Jünger nicht mehr in Betracht kommen. Bei aller Anerkennung strenger Disziplin, die ich in Bezug auf Erfüllung der Wahlpflicht billige, und persönlich jederzeit beizubehalten, steht doch die Sache so, daß alle diejenigen wahlberechtigten Kölner Delegierten, die ihr Wahlrecht in Groß-Berlin ausüben wollten, sofort nach Schluss der Generalversammlung am Dienstag Abend ihren Koffer packen, die Rechnungen begleichen und dann zur Bahn gehen mußten, um nach zehntägiger Nachfahrt rechtzeitig Morgens in Berlin einzutreffen. Ich habe mich dieser Strapaze im Verein mit mehreren Kollegen unterzogen und kann bezeugen, daß man nicht von jedemmann unter allen Umständen verlangen kann, nach zehntägigen aufregenden Debatten unmittelbar darauf die Rückreise während der Nachzeit zu bewerkstelligen. So wenig ich eine begangene Pflichtverletzung in Schutz nehmen will, muß ich doch bei meiner Kenntnis der Sachlage vor aller kritischer Beurteilung des Vorfalls warnen, denn: „Was ist das für ein Schicksal? Wenn man hier die schärfste Maßnahme der Kritik ansetzt und strengste Wächterhaltung bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei fordert: wie steht es denn dann mit denjenigen unzähligen Parteigenossen, die sich zum Teil seit langen Jahren der Wahlpflicht bei den Stadtverordnetenwahlen und jetzt auch bei den Landtagswahlen einfach dadurch entziehen, daß sie den Erwerb der preussischen

Staatbürgerigkeit, der keine nennenswerten Kosten und Schwierigkeiten verursacht, unterlassen?

Auch ihr halten den Ausschlußantrag der Nixdorfer für sehr deplaziert. Da es wegen des obigen „Vergebens“ natürlich nicht zu einem Ausschluß kommen kann, kehren sie nur Wasser auf die bürgerlichen Mühlen.

Ein Polizeiprozess in Hannover. Landtagsabgeordneter Genosse Leinert-Hannover ist am Sonnabend von der dortigen Strafkammer wegen Beleidigung der Polizei zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das Gericht nahm lediglich formale Beleidigung an, denn die von Leinert erhobenen Vorwürfe wurden bewiesen, insbesondere ist festgestellt worden, daß in Hannover zwischen der politischen Polizei und dem Reichstagenverband ein freundschaftliches Verhältnis besteht.

Internationale Demonstration für den Frieden. Am 1. August findet in London auf dem Trafalgar-Square eine Demonstration zu Gunsten des Völkervertrages statt. Als Redner sind eine Anzahl Abgeordnete der Arbeiterpartei vorgesehen, z. a. Reid, Dade, Mackdonald, Bill Thorne, Bruce Glasier und Ben Tillet. Auch sollen, wie „Daily News“ mitteilt, französische, belgische und deutsche Delegationen angemeldet sein.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Juli.

Geschichtskalender.

22. Juli.

1784 Der Astronom Bessel (*).
1789 Minister Fonton (†) in Paris getödtet.
1895 Der Rechtslehrer Rudolf v. Gneist †.

* Der Breslauer Polizeipräsident, ein Gegner gesundheitlicher Aufklärung — wenigstens auf Kosten der Krankenkassen. Unter dieser Spitzmarke, aber ohne unseren einschränkenden Nachsatz, schreibt die Haftmonatsschrift für Lebensreform „Der Mensch“ in Berlin: „Verbeugung! heißt das bedeutungsvolle, inhaltreiche Schlagwort, mit dem heute unsere ganze Sozialhygiene und die Hygiene des einzelnen kämpft. Der Arzt soll zu einem Künstler werden, der es fertig bekommt, die Menschen vor dem Krankenwerden zu bewahren. Und wo, wie leider in tausendfachen Fällen, der Arzt versagt, da sollen Gemeinschaften auftreten, um Kenntnis zu verbreiten. Zu diesen Gemeinschaften gehören unbedingt auch die Krankenkassen. Was sagt man nun aber zu folgendem Fall. Die freie Hilfskrankenkasse „Mercur“ in Breslau hatte aus Kassennormen 1000 Exemplare einer Broschüre über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten an ihre Mitglieder verteilen lassen. Als bei einer beförderlichen Buchrevision der Posten gefunden wurde, klagte der Polizeipräsident Dr. Wienko als Aufsichtsbekleidete gegen den Kassenvorstand auf Rückzahlung des verwendeten Betrages von 36 Mk. Nach § 13 des Hilfskassengesetzes dürften nur die im Gesetze vorgezeichneten Leistungen aus Kassennormen gewährt werden. Die Ausübung der Prophylaxe sei nicht Sache der Krankenkassen. (!!) Der Bezirksausschuss schloß sich dieser Auffassung an und verurteilte den Vorstand zur Rückzahlung. Man bedenke einmal: Da kommen nun alle Jahrgänge Kongresse zusammen, auf denen grundgelehrte Führer ihre weisheitstriefenden Reden halten, wie man die immer furchtbarer und verheerender auftretenden Geschlechtskrankheiten bekämpft, da zerkern auf der Synode Liberale und orthodoxe Pfarrer über die zunehmende Demoralisierung. Und nun unternimmt es eine Kasse, die in lebendigster Fühlung mit einer Anzahl Menschen steht, diese aufzuklären. Es muß sich doch jeder sagen, daß eine solche Handlung neben praktischen auch ethische Gründe hat. Tut nichts! Jemand ein Kaufschuß-Paragraf läßt sich so auslegen, daß die Krankenkasse nicht befugt ist, ihre Mitglieder zu belehren, wie sie in Krankwerden verhindern. Hier ist es also ein Polizeipräsident in höchst eigener Person, der es verhindert, daß sich Menschen vor den furchtbarsten Krankheiten, die man kennt, durch Belehrung zu schützen suchen. Wahrlich ein edler Mann, dieser Herr Wienko. Man sollte ihn sich in Berlin

Umfang von sechs Metern und war fünfzehn Meter hoch. Ein Schwan, der von ihr erlöst worden war, wurde bis zu zwei Metern Höhe emporgeschleudert. — Einen jähen Tod fand ein Berliner Ausflügler während des Schwimmers im Grunewald. Der Roboter Heinrich Drengler, ein Mann von 27 Jahren, hatte sich, als das Unwetter hereinbrach, mit seinem Korb in der Nähe des Kaiser Wilhelm-Turmes unter einen Baum geflüchtet. Er wurde vom Blitz erschlagen.

Brand unter 4000 Menschen. Zur häßlichen Gewitter mit Wellenbrüchen gingen einem Privattelegramm aus Dresden zufolge am Sonntag Nachmittag 3 Uhr über Dresden und die Gegend nieder. Es wurde ein gewaltiger Schaden an Feldfrüchten angerichtet. Die Häuser sind reihenweise niedergebrennt. Der Festung der Gohauslager, der etwa 4000 Mann umschlossen wurde unterweg in Höhlenkatakomben von einer großen Panik ergriffen. Mehrere ernste Verletzungen sind vorgekommen. Der Schmalzputz der Dresden-Radeburg wurde in Radebeul vom Sturm umgeworfen. Die Straße ist gesperrt.

Halle a. S. in Wasserstot. Der letzte Gewitterregen hat auch die Stadt Halle an der Saale arg mitgenommen. Ein Privat-Telegramm aus Halle an der Saale meldet: Ein Wellenbruch herrte am Sonntag Abend die Zugänge zum Hauptbahnhof. Die elektrischen Bahnen liefen stundenlang auf zwei Stunden den Verkehr ein. Die Feuerwehr rettete in der überschwemmten Salzstraße die Einwohner aus den gefährlichen Häusern. In dreierhalb Stunden fielen 45 Millimeter Regen, gleich ein Schutzel der Jagdswinge.

Der Helm eines erschossenen Polizeipräsidenten. Ein eigenhändiges Erinnerungsstück hat ein Trücker in Berlin vor dem Fenster seines Zimmers angebracht. Es ist ein hoher Helm, der sehr hübsch aussieht, wie dies vor mehr als 50 Jahren bei den Militärhelmen der Fall war. Dieser dem Helm sieht ein großes Plätzchen, auf dem folgende Worte stehen: „Herr Helm gehörte dem im Duell getödteten Breslauer Polizeipräsidenten von Berlin, v. Giesecke.“ Der Polizeipräsident v. Giesecke wurde am 19. März 1886 in der Jungfernstadt im Duell erschossen.

Feuer an Bord eines französischen Kreuzers. Ein Telegramm aus Paris berichtet: Der Kreuzer „Turgot de Lamoignon“, der in nächster Zeit den Kreuzer „Dracon“ in Marokko ablösen sollte, erlitt während einer Schießübung vor der Küste von Algier eine Explosion, die das Schiff zu einem Bruchstück machte.

Munition. Folgendes Verlangen, der auf russische Verhältnisse ein Paradebeispiel nicht weislich, meldet ein Telegramm: In Anankowo, Russlands Ostsibirien, wurde bei der Revision der Stadtkasse eine Unterabteilung von 145 000 Rubel festgestellt. Die Direktion der Bank verweigerte dem Regierungspräsidenten den Zutritt, sodaß die Polizei einschreiten mußte. — Ein Telegramm aus Kalisch meldet weiter: Auf dem Wege nach Tuzel ist ein Ueberfall auf einen Postwagen verübt worden. Durch Explosion einer Bombe wurden der Postillon und zwei Soldaten getödtet, ein Soldat wurde verwundet.

Schiffe in Gefahr. Der Fährdampfer „Partia“ geriet, wie ein Privat-Telegramm meldet, vor Rio Grande do Sul auf eine Sandbank. Die Schiffe konnten an ihm nicht heran. Die Leutnant der Hamburg-America-Linie glaubt aber, daß die Ueherfahrt nicht gefährlich sei. — Bei Cuyhaven strandete ein großer Frachtdampfer.

Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich am Rummelplatz bei Berlin. Dort angehe der Tischler Palm. Beim Ausweifen der Angel schrie sein neben ihm sitzendes zweijähriges Töchterchen laut auf und P. gewahrte nur zu seinem Schrecken, daß der Kugelhaken das Kind unter dem linken Augelid getroffen hatte. Es war unmöglich, den Haken zu entfernen. P. mußte zur nächsten Rettungswache fahren, wo der Arzt den Angelhaken herausziehen mußte.

Ein Todesurteil eines „Apachen“-Gerichtes. Die Bande der Apachen bildet sich in Paris immer mehr zu einem Staat im Staate aus. Sie erkennen die Gerichte nicht an, sondern halten über die Richter in ihrer Mitte auf ihre Weise Gericht ab. Ein solches Apachen-Gericht hat sich kürzlich in der Gegend von Brüssel gebildet, nur mit des Benzen d'Ors, ein Mitglied der Bande, Alfred Lenoir, stand unter der Auflage, zwei seiner Komplizen verurteilen zu haben. Der Beschuldigte, der mit Stricken an einem Baum gefesselt war, langte. Aber eine Apachenfrau trat gegen ihn als Beugnis auf und behauptete, daß sie gehört habe, wie der Angeklagte zwei Schüsse auf die Ohren der Apachen geschossen habe. Das Urteil des Gerichtsfolies lautete auf Schuld und Tod durch Erschießen. Man kann den Delinquenten los vom Baum, was die Apachen und für die Apachen in den Festungsbau, wo die Erschießung sofort vorgenommen werden sollte. Im letzten Augen-

blick kamen noch mehrere Schütze auf dem Rade hinzu, die nach bester Gewehr, bei der der Revolver eine große Rolle spielte, die Apachen in die Flucht jagten und den zum Tode Verurteilten bestrafen.

Die Beerdigung der Opfer von Vorbeil hat in Offen statgefunden. An dem Leichenzuge beteiligten sich die Vertreter der Gemeinde, eine Abteilung von allen Stämmischen Jungen, die Bergwerksdirektion sowie eine ganze Reihe von Vereinen, die mit ihren Fahnen erschienen waren. Vom katholischen Krankenhaus, Haus Lange in Vorbeil, wo die Leichen aufgebahrt waren, fand nach einer kurzen Feier die Ueberführung der fünf katholischen und die der drei protestantischen zum evangelischen Friedhofe statt. Auf beiden Friedhöfen hielten die Geistlichen Anreden. Einer der Toten war bereits Vormittags nach Oberhausen zur Bestattung geschafft worden. — Gestern wurde noch der verstümmelte Teil einer Leiche geborgen. — Der Gesundheitszustand der Kranken ist, mit Ausnahme der Brüder Giesecke, die noch bewußtlos daliegen und wohl schwerlich mit dem Leben davonkommen dürften, befreibend.

Eine Wienerin in New York ermordet. Ottilie Eberhard, eine reiche Witwe aus Wien, langte am Donnerstag in New York zum Besuch ihrer hier wohnenden Tochter Ottilie an. Am Freitag in früher Morgenstunde wurde die Mutter in Coalburg bei New York ermordet. Die Tochter feuerte auf den fliehenden Mörder vier Schüsse ab, ohne jedoch jemanden zu verletzen. Die Polizei ist auf der Suche nach dem Mörder der Götterin August Eberhard, der der Tat verdächtig ist. Der Ermordeten wurden 10,000 Mark gestohlen.

Das schwache Geschlecht. Herr Jules Baget, ein junger Bankbeamter, flanierte unlängst in der Rue des Capucins in Paris, als er zwei hochlegant gekleidete Damen von girlicher Gestalt und reizendem Gesichte traf. Er machte die Bekanntheit der hold erblenden Schönen und bat die Damen, die sehr anzüglich und köstlichen veranlagt zu sein schienen, seine Gastfreundschaft in seiner Wohnung anzunehmen. Kaum hatte der Ahnungslose die Tür hinter seinen Besucherrinnen geschlossen, als sie ihn mit mächtigen Armen, aus denen es kein Entrinnen und Befreien gab, umarmten. Ein schnell in den Mund des Opfers geschobener Knebel hinderte den Ueberfallenen am Schreien. Die eine der Damen zog dann an ihrem Nicker einen langen Strick, und der arme Bankbeamte wurde in aller Form gefesselt. Nunmehr machten sich die Gasterinnen in aller Eile um die Ausplünderung der Wohnung. Sie stohlen fünfzig, ungefähr 500 Francs bares Geld, eine goldene Taschenuhr und andere Schmuckstücke. Dann entfernten sie sich ruhig und wünschten mit dem reizenden Lächeln von der Welt dem Wehrlosen viel Glück. Nach einer Stunde verzweifelter Anstrengung gelang es dem Gefesselten erst, sich der Stricke zu entledigen und Anzeige bei der Polizei zu erstatten.

für den Fall vormerken, daß Herr Stubenrauch, der neue Präsident, geht. Solche Vorkommissen erhalten billig, welche in Deutschland herrscht. Die Polizei an sich ist schon eine kulturwidrige Erscheinung, denn sie bewacht, daß die „stillstehenden“ Menschen nicht fähig sind, sich selber und sich gegenseitig zu kontrollieren. Die Polizei aber als kulturhemmender Faktor, das ist so recht geeignet, Preußen an die Spitze der Nationen zu stellen.

Der Ruf unserer zurückgebliebenen Großstadt verbreitet sich zusehends weiter — immer durch das Verdienst unserer Polizei.

Verbandstag der deutschen Sattler, Riemer- und Täschner-Zünfte.

Der erste Punkt der Montagverhandlung betraf den Gesetzentwurf über die Arbeitslosen in Handwerkskammern Dr. Paschke hatte hierzu ein sehr reaktionäres Referat übernommen.

Er führte im wesentlichen aus, daß die soziale Gesetzgebung, insbesondere die Arbeiterversicherung den Arbeitgebern erhebliche Kosten auferlegt. Die Arbeitnehmer suchten sich nach jeder Richtung hin zu schützen, von Jahr zu Jahr werden Lohn-erhöhungen in beträchtlichem Maße gefordert und wohl auch zum Teil erreicht. Jetzt komme ein neues Gesetz, das den Zweck haben soll, Ruhe und Frieden in Handel und Gewerbe zu erzielen. Das sei zwar sehr wünschenswert, es stehe aber in Frage, ob die Arbeitskammern, wie sie geplant werden, diesen Zweck auch erreichen. Mindestens sei dies zweifelhaft, am allerwenigsten hätte das Handwerk einen Nutzen davon. Zu den Kosten würden die Handwerker gewiß herangezogen werden, aber Vorteile würden sie nicht haben. Die Handwerksbetriebe sollen ganz ausgeschlossen werden, da sie unter das Handwerksrecht gestellt sind und ja Handwerkler auch sein können. Seit Jahren bestehe ein Streit über die Frage, wer Handwerker und wer Fabrikant sei. Die Reibungsfläche werde nach Schaffung von Arbeitskammern zu einem Gebirge und Fabrikanten werden. Das Handwerk sei der Gesetzgebung ein leichtes Spielzeug, in dieser Weise habe die Handwerkskammern, begünstigt.

In der Diskussion wurde von dem Vertreter für Erfurt angeführt, daß der dortige Gewerbeverein, der eine große Korporation darstellt, sich auf den gleichen Standpunkt gestellt habe, wie Dr. Paschke. Die Arbeitgeberverbände haben sich fest zusammenschlossen und diesen stehen die Arbeitnehmerverbände gegenüber. Wenn diese sich über die Lohnverhältnisse nicht einigen, dann nütze auch die Arbeitskammer nichts.

Die Konferenz sprach sich im weiteren im Sinne des Referenten aus, trotzdem derselbe so frei war, die Arbeitskammer für Arbeitnehmervertretung mit den Handwerkskammern für Arbeitgeber in einen Topf zu werfen.

Nach Erledigung von Verbandsangelegenheiten, wobei die Frage des Publikationsorgans des Bundes geraume Zeit in Anspruch nahm, wurde der Antrag der Innung Altenburg behandelt, der die Erhöhung der Lehrgeldzeit von 3 auf 3 1/2 Jahre verlangte.

Der Bund soll sich mit anderen Korporationen in Verbindung setzen, um diesen Zweck zu erreichen. Das Sattler- und Täschnergewerbe sei so mannigfaltig, daß in drei Jahren ein Lehrling in allen Zweigen nicht ausgebildet werden könne. Andere Gewerbe haben sogar eine vierjährige Lehrzeit. Der Vertreter für Hamburg empfiehlt einstimmige Annahme des Antrages, es sei richtig, daß die dreijährige Lehrzeit nicht genügt. Die Innung Erfurt dagegen ist anderer Meinung, es sei jetzt schon schwer, Lehrlinge zu erhalten, geschweige denn bei noch längerer Lehrzeit. Die Lehrlingsprüfungen zeigen, daß die Lehrlinge nach dreijähriger Lehrzeit doch etwas zu tun imstande sind. Vom Vorstande wurde angeregt, ein Beschluß sei gar nicht nötig, denn die meisten hätten es in Händen, bei Abschluß von Lehrverträgen die 3 1/2-jährige Lehrzeit festzusetzen. Die Innungen haben sich an die Handwerkskammer zu wenden.

Nächstes Jahr feiert der Bund sein 25-jähriges Bestehen, das festlich begangen werden soll, und zwar im Anschluß an den nächsten Jahresverbandstag in Berlin.

Gewährung von Rente auf die Dauer oder für bestimmte Zeit.

Von Unfallverletzten und Invalidenrentenbegehren wird sehr häufig von einer „Dauerrente“ gesprochen, d. h. von einer dauernd zu gewährenden Unterstützung für Unfall oder Invalidität. Diese Bezeichnung ist nicht immer richtig, und sehr viele Rentenbezieher, die mit einer „Dauerrente“ gerechnet hatten, sehen sich dann bitter enttäuscht, wenn ihnen plötzlich ihre Rente gekürzt oder entzogen wird. Als eine Dauerrente kann in gewissem Sinne nur eine Invalidenrente in Betracht kommen, weil eben, abgesehen von der sogenannten Kronrente, nur der Invalidenrente bezogen kann, dessen Erwerbbarkeit nach dem Gesetz dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. Aber selbst hier kann keine Rede davon sein, daß die Rente während der ganzen Lebensdauer in jedem Falle gezahlt werden müßte, vielmehr kann die Rente entzogen werden, wenn in den Verhältnissen des Empfängers einer Invalidenrente eine Veränderung eintritt, die ihn nicht mehr als erwerbsunfähig erscheinen läßt. Also selbst in der Invalidenversicherung läßt sich von einer Dauerrente nicht in dem Sinne reden, wie das sehr häufig von Invalidenrentnern geschieht.

Ganz anders liegen aber die Verhältnisse in der Unfallversicherung. Zwar nehmen auch viele Unfallverletzte an, daß sie ihre gegenwärtige Rente für alle Zeiten fortbezogen, also eine Dauerrente erhalten. Das kommt in der Regel daher, daß einzelne Berufsgenossenschaften, wenn sie eine Kürzung der Rente vorsehen, oder die Ärzte, die auf Grund einer Untersuchung eine Rente kürzung empfehlen, Bemerkungen fallen lassen, aus denen der Verletzte zu entnehmen glaubt, daß er die nunmehr gekürzte Rente für alle Zeiten fortbezogen wird. Er findet sich vielleicht um so eher mit der Rentezufug ab, weil er annimmt, in Zukunft nicht mehr durch ärztliche Untersuchungen und Renteänderungen beunruhigt zu werden. Auch vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung kann man bisweilen beobachten, wie Unfallverletzte ganz nebenhässliche Bemerkungen dahin aussprechen, daß sie nun für die Zukunft mit einer dauernden Rente, die weder gekürzt noch entzogen werden kann, rechnen können. Eine solche Auffassung ist in jedem Falle falsch. In der Unfallversicherung gibt es überhaupt keine Dauerrenten, sondern auch hier hängt die Höhe der Entschädigung von dem jeweiligen Stande der Unfallfolgen ab. Trifft in den Verhältnissen, die für die Feststellung der Entschädigung maßgebend gewesen sind, eine wesentliche Veränderung ein, so kann eine anderweitige Feststellung erfolgen. Auch in solchen Fällen, wo etwa die Berufsgenossenschaften eine Rente als „Dauerrente“ bezuschlagen, hat diese Bezeichnung keine rechtliche Wirkung. Das Reichsversicherungsamt hat erst kürzlich wieder zu dieser Angelegenheit Stellung genommen und ausgeführt, daß die Fürsorge, die durch das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz den betroffenen Personen gewährt werden soll, auf öffentliches Recht beruht. Öffentliches Recht ist insbesondere der Teil des Gesetzes, in dem die Feststellung und Auszahlung der Entschädigung geregelt wird. Da aber öffentliches Recht durch private Abmachungen der Parteien nicht abgeändert werden kann, so ist eine Erklärung, durch die die Berufsgenossenschaft sich bereit erklärt, dem Verletzten eine Rente von bestimmter Höhe dauernd zu gewähren, während der Verletzte auf seine höheren Ansprüche gegen die Berufsgenossenschaft verzichtet, mit den zwingenden Vorschriften des öffentlichen Rechts nicht vereinbar und somit unzulässig. Auch weniger aber als solchen gegenwärtigen Partei-

erklärungen kann irgend welcher einseitigen Erklärung dieser Art eine rechtliche Bedeutung beigegeben werden.

Rechnend verhält es sich auch mit der Festlegung von Rente bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Auch das ist unzulässig und rechtlich unzulässig. Bereits in früheren Jahren hat sich das Reichsversicherungsamt dabei ausgesprochen, daß Rentebestimmungen und Auszahlungen nicht von vornherein auf eine bestimmte Zeit zu beschranken sind. In einer Entscheidung weist das Reichsversicherungsamt auf die Unzulässigkeit der Festlegung eines in der Zukunft liegenden Endtermins für den Rentenbezug hin und sagt hierzu, daß die bloße Voraussetzung, daß eine Veränderung der Verhältnisse eintreten werde, mag sie auch auf einem ärztlichen Gutachten beruhen, nicht zur Begründung eines Feststellungsbeschlusses genügt. In einem anderen Falle war von der Berufsgenossenschaft die Rente im voraus für die Dauer von sechs Monaten und für die weitere Zeit eine geringere Rente festgesetzt worden. In dieser Berufsgenossenschaft annahm, daß der Verletzte nach sechs Monaten an die Unfallfolgen gewöhnt haben werde. Das Reichsversicherungsamt hat dem aber nicht zugestimmt, sondern erklärt, eine solche Annahme genüge nicht, um die Herabsetzung der Rente für einen festen Zeitpunkt im voraus zur rechtfertigen. Schließlich sei noch bemerkt, daß in einer Anweisung für die zur Festlegung der Entschädigung auszuführenden Berufsgenossenschaftlichen Organe das Reichsversicherungsamt ausgeführt hat, daß die Befristung des Bezugsrechts durch Festlegung eines bestimmten Zeitraums unzulässig ist, es sei denn, daß die Festlegung sich unvermeidlich der Sache vermagere hat, und in solchen Fällen das Bezugsrecht bereits eingetreten ist.

Ein neues Attentat gegen die Breslauer Krankenkassen. Den Breslauer Kassen ging im Laufe des gestrigen Tages der folgende nichts Gutes verheißende Schreibbrief zu:

Wir erlauben um Mitteilung binnen bestimmt fünf Tagen, ob die Krankenkasse der im Oktober d. J. hier gegründeten Zentralkommission der Krankenkassen von Breslau und Umgegend angeschlossen ist und in welchem Betrage bisher Beiträge aus Kassenmitteln für diese Kommission geleistet worden sind.

Die Innehaltung der gestellten Frist wird bestimmt erwartet, da wir dem Herrn Regierungspräsidenten in dieser Angelegenheit Bericht zu erstatten haben.

Das Ganze läßt einen neuen Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen erwarten. Da der Eingriff ein sehr unberechtigt wäre, ist er um so eher zu vermuten. Die Kommission hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens sich um das Zustandekommen eines neuen Vertrages mit den Apothekern über die Lieferung von Arzneimitteln bemüht, mit dem Ergebnis, daß z. B. einer hiesigen größeren Krankenkasse dadurch eine vierteljährliche Ersparnis von 400 bis 500 M. entstände. Die Ausgabe, welche die Kasse als Gegenseite für die Kommission aufbringen muß, beträgt für diesen Zeitraum noch nicht 20 Mark! Eine solch nützliche Wirksamkeit kann natürlich nicht gebildet werden, ohne daß sich die Aufsichtsbehörde einmischet. Denn in unserem Staate der Bevormundung soll nichts existieren, das nicht vorher eine Sanction von oben erfährt.

Das Ganze läßt einen neuen Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen erwarten. Da der Eingriff ein sehr unberechtigt wäre, ist er um so eher zu vermuten. Die Kommission hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens sich um das Zustandekommen eines neuen Vertrages mit den Apothekern über die Lieferung von Arzneimitteln bemüht, mit dem Ergebnis, daß z. B. einer hiesigen größeren Krankenkasse dadurch eine vierteljährliche Ersparnis von 400 bis 500 M. entstände. Die Ausgabe, welche die Kasse als Gegenseite für die Kommission aufbringen muß, beträgt für diesen Zeitraum noch nicht 20 Mark! Eine solch nützliche Wirksamkeit kann natürlich nicht gebildet werden, ohne daß sich die Aufsichtsbehörde einmischet. Denn in unserem Staate der Bevormundung soll nichts existieren, das nicht vorher eine Sanction von oben erfährt.

Schlesische Magnaten. Im Scherl'schen „Tag“ behandelt Dr. Friedrich Berlin den schlesischen Montanbesitz. Er nennt dabei nur die größten Besitzer, als solche werden aufgeführt:

Der Fürst	rund 83.000 ha
Fürst Hohenlohe	42.000
Fürst Pleß	40.000
Fürst von Ratibor	33.000
Fürst von Stolberg-Berningerode	27.000
Fürst Hohenlohe-Ingelheimen auf Rosenthal	25.000
Guido Händel, Fürst v. Donnersmard	22.000
Graf, Arthur, Händel v. Donnersmard	15.000
Graf Thiele-Windler	15.000

Als großer Besitzer kommt auch noch der frühere Reichstagspräsident Graf von Halletrem in Betracht, dessen Steinkohlengruben im Jahre 1907 1.200.000 Tonnen Kohle gefördert haben. Keiner von den Herren bemüht sich persönlich um die Schätze der Erde, aller Reichtum wird von schlecht bezahlten Arbeitern und von Angestellten gehoben. Der Gesellschaft sollten deshalb auch die Produktionsmittel, die Bergwerke samt allen Einrichtungen gehören.

Durchlöcherungsverjuche zur Sonntagsruhe im Handwerks-Gewerbe. Zur Auslegung des neuen Breslauer Ortsstatuts über die Sonntagsruhe im Handwerks-Gewerbe hat der Magistrat auf eine Eingabe des Bezirksvereins Breslau des Deutschen Drogistenverbands folgendes erwidert:

„Auf die Eingabe vom 11. d. M. erwidern wir ergebenst, daß wir nachdem das Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handwerks-Gewerbe einmal Gesetzeskraft erlangt hat, weder über die Kontrolle seiner Durchführung noch über seine Auslegung im einzelnen zu bestimmen haben. Die Kontrolle ist Aufgabe der Polizei und über die Auslegung entscheiden in letzter Linie die Gerichte. Welche Behörden sind dabei an unsere Auffassung von dem Ortsstatut nicht gebunden, und unsere im Folgenden gegebene Ansicht ist daher auch für sie in keiner Weise bindend. Nach unserer Ansicht entspricht es dem Sinne des Ortsstatuts, wenn diejenigen Geschäfte, die nicht überwiegend mit Nahrungs- und Genussmitteln handeln, also auch die Drogeschäfte, von 7—9 Uhr Sonntags geschlossen sind, während die Kolonialwarengeschäfte, da die überwiegend mit Nahrungs- und Genussmitteln handeln, in dieser Zeit offen haben, aber nichts anderes als Nahrungs- und Genussmittel, also im allgemeinen keine Drogerie, verkaufen dürfen. Eine Anordnung, daß auch die Kolonialwarengeschäfte in der Zeit von 7—9 Uhr geschlossen haben sollen, würde nach dem Ortsstatut nicht möglich sein. Sollte man es aber für zulässig halten, daß auch die Drogeschäfte von 7—9 Uhr geöffnet sind, so wäre damit der Zweck des Ortsstatuts für einen wichtigen Geschäftszweig zum großen Teil vereitelt. In welcher Weise die Geschäftsbetriebe ihre Schließung zu verhängen sollen, ist eine Frage, zu deren Beantwortung wir in keiner Weise zuständig sind. Sollten die beteiligten Geschäftsleute keine andere Lösung finden, so wäre nach § 105c R.-G.-D. der Regierungspräsident beauftragt, für die gerade Sonntags notwendige Arbeit die Beschäftigung von Handlungsgehilfen zu gestatten.“

Wollte der Regierungspräsident von dem letzten Vorschlag Gebrauch machen, dann wäre die ununterbrochene Sonntagsruhe wider Willens gemacht. Hoffentlich gelingt es aber an seiner Stelle, den geringen Fortschritt zu durchlöchern.

Der Redakteur im Kampf mit der Phrasen. In die Mitarbeiter von Zeitungen richtet die „Offenbacher Zeitung“ folgende zeitgemäße Mahnung: Man sollte bei Berichten, besonders bei solchen über Festlichkeiten, nicht die leider vielfach übliche persönliche Vorebeneri und geschmacklose Ausschmückung nachahmen. Das andere das so machen, ist noch lange kein Grund, es auch so zu halten. Die Ausdrücke: das Langheim schwingen — die guten Speisen und Getränke des Wirtes x. — ein solemner Ball oder ein solemnes Festessen — die Mitwirkung des x-Vereins unter der allsehendsten persönlichen Leitung des Herrn x. — usw. hat sind weder stilistisch noch sachlich angebracht. Ausdrücke und wahren zum

Teil überhaupt nicht in ein ernst gehaltenes politisches Blatt. Auch die übertriebene Höflichkeit in der Bezeichnung von Personen soll man vermeiden. Was bei der direkten, persönlichen und brieflichen Anrede nicht ist, ist beim Zeitungskorrespondenten überflüssig und wirkt lächerlich. Unter allen Umständen unterlasse man die „Gratulationen“ und das „Aussprechen des tiefgefühltesten Dankes“ am Schluß von Zeitungsbereichen und Besprechungen, Familien- und Personalstern, Theater- und Musikausführungen, öffentlichen Versammlungen usw. Es kann wohl angebracht sein, in einer Zeitungsnotiz zu erwähnen, daß irgend einer Person, einem Verein usw. Zahl weiterer Freizeitsgenüsse oder jemand des sympathischen Anteilnehmens vieler Mitbürger sicher sein dürfte. Das direkte Aussprechen von Dank und Gratulationen ist aber doch Sache der Beteiligten selbst. Es mag ja schließlich noch hingehen, wenn in der Zeitung einer lokalen Einrichtung und beglückten ein Glück, Wohlfahrt und Gedeihen“ gewünscht wird, aber auch da soll man den Wunsch nicht zur stehenden Phrase werden lassen. Den beglückten Redakteuren, die den täglichen Kampf gegen eine Flut von Manuskripten, miserablen Handschriften, dreierlei Rechtschreibung, Mißbrauch von Fremdwörtern und ungläublichen Schölsätzen führen müssen, ist es freilich oft unmöglich, alle Einwendungen entsprechend zu „reagieren“, und die sich bei der Sachkorrektur findenden Verstöße können oft aus technischen Gründen nicht mehr beseitigt werden. Die Einwendungen, besonders die Einwendungen von Vereinsmitgliedern, mögen daher ernstlich ermahnt werden, daß sie den Redakteuren die Arbeit erleichtern.

Das Lesen der Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins. Allen, die es werden wollen und sollen, machen wir die angenehme Mitteilung, daß der steigenden Anzahl der Zuhörer entsprechende reichliche und ausgemessene Neuanfassungen unterhalten und belebenden Lesestoff gemacht worden sind. Die Bibliothekare bitten diesem Fortschritt gegenüber wiederholt um diejenige Unterstützung seitens der Leser, welche notwendig ist, die Bücher weiter geben zu lassen. Noch gibt es aber eine, wenn auch geringe Zahl von Genossen, die nicht klar darüber werden, daß sie als Vereinsmitglieder auch Mitinhaber unseres Bücherbestandes sind, daß somit ihr Beitrag dazu bestehen müsse, in jedem Buche ein Stück ihres Eigentums mit Wohlwille zu wahren. Einzelne lassen es daran mangeln, die Werke sauber zu behandeln und nach der doch so beispiellos reichlich gemessenen Freiheit von 6 Wochen, wie sie keine andere Bibliothek bietet, zurückzugeben. Wenn dann Rollen und Arbeit den erforderlichen Präparaten, wiederholt schieflich, und wenn dies vergeblich, durch Boten erfolgen, wenn ferner das vorgeschriebene Lesegeld und Porto (allerdings nur von Genossen, die nicht krank oder arbeitslos waren) in bestmöglicher Weise eingefordert wird, so haben die Bibliothekare und Boten nicht gar zu selten dafür schon manche Bitterkeit einzustecken gehabt. Wir hoffen, daß durch diesen unseren Appell und durch gegenseitige Belehrung solchen Vorkommnisse ein Ende bereitet und weiteres geschäftliches Entschieden der Bildungsgelegenheit unserer Bibliothek erzielt wird. Die Arbeiterklasse hat die Trägerin der modernen Kultur zu werden. Diesen Anspruch unseres verdienstlichen Führers Diebsticht soll sich jeder Arbeiter tief zu Herzen nehmen zu seinem und seiner Brüder Erbverkommen. Eine Stufe dazu ist das Lesen guter Bücher. Wir ermahnen mit freudiger Begrüßung so viele, die hierfür rüftig aus Werk gehen, lesen aber keinen Grund, warum nicht noch mehr diesem schönen Vorhaben folgen. Sie können es, wenn sie nur wollen und werden mehr Genoss dazu erziehen, als an sonstiger Verwendung ihrer Massestunden.

Allen denen, welche sich nicht klar darüber sind, was sie lesen sollen, stehen die Bibliothekare, die Kataloge und belebte Freunde für die Auswahl zur Seite. Darum sei für alle Mitglieder die Bitte: In die Bibliothek, welche von 7—9 Uhr Abends im Zimmer Nr. 7 des Gewerkschaftshauses geöffnet ist.

Der Kampf um die Hinterbliebenen-Rente. Zu dem Artikel aus Nr. 165 der „Volkswacht“, der unter dieser Überschrift erschien, wird uns noch mitgeteilt, daß der Maurer Goldmann nach dem 9. März 1907 nicht mehr, auch nicht mehr nur kurze Zeit gearbeitet habe, sondern infolge seiner zunehmenden Entkräftung nirgend Beschäftigung finden konnte und daher seit dem 9. März 1907 bis zu seinem Tode am 26. September 1907 keine Arbeit verrichtet hat.

Wie man sich im Malergewerbe seine Lage zu verbessern sucht. Vor der Breslauer Ortsstatut hatte sich der Arbeiter R. und der Malermeister B. gemeinsam zu verantworten. Der Antrags lag ein für das Malergewerbe keineswegs letzter Sachverhalt zugrunde. Der Arbeiter war bei einem anderen Malermeister in Beschäftigung gewesen. Dabei hatte er auch auf einem Bau Farbwaren von geringem Werte entwendet und sie an R. verkauft. Als ihm dies gemeldet wurde, entwendete er aus dem Lager seines Arbeitgebers Feinöl, Lack, Terpentin und Fußbodenfarbe im Werte von zusammen 50 M., um sie ebenfalls wieder an R. billig zu verkaufen. Die Sache blieb aber nicht bezogen und so kamen die beiden auf die Anklagebank. Der Arbeiter wurde wegen Unterschlagung und Diebstahls zu neun Monaten Gefängnis und der Malermeister wegen Hehlerei zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Besser wäre es schon, wenn die Arbeiter des Malergewerbes sich durch den Beitritt zur Organisation ihre Lage zu verbessern suchten.

Die Einwohnerzahl des deutschen Reichs wird in dem „Neuen Statistischen Jahrbuch“ für Mitte dieses Jahres auf 63.017.000 Personen angenommen gegen 62.097.000 im Mittel 1907 und 61.177.000 im Mittel 1906. Hiernach wird die Zunahme für jedes der beiden letzten Jahre auf 920.000 Köpfe geschätzt. Bei der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1905 betrug die Einwohnerzahl des Reichs 60.641.278 Personen, so daß seitdem eine Vermehrung um rund 2.375.000 stattgefunden hat. Im Jahre 1898 belief sich die Bevölkerungsziffer auf rund 54.406.000 Personen; in den letzten zehn Jahren hat also eine Zunahme um 8.611.000 Personen oder 15,8 Prozent stattgefunden. Im Jahre 1888 betrug die Schätzungsziffer 48.168.000, im Jahre 1878 44.129.000. Im Jahre 1871 wurden 40.997.000 Personen gezählt, so daß seit der Gründung des Reichs eine Zunahme um rund 22 Millionen oder mehr als 53 Prozent stattgefunden hat. Der Bevölkerungszuwachs seit etwa 1838.

Die Rechtschutzstelle für Frauen. Was die 60. Kreisversammlung des Vereins für den Fortschritt der Frauen in der Provinz Westfalen angeht, so ist die Rechtschutzstelle für Frauen, die in allen Kreisen und Wohlfahrtsvereinen unentgeltlich zur Verfügung steht, als eine sehr wichtige Einrichtung zu betrachten. Sie ist in allen Kreisen und Wohlfahrtsvereinen tätig und hat sich in der Provinz Westfalen sehr erfolgreich bewährt. Die Frauen, die sich an diese Stelle wenden, werden in der Regel von den Rechtsanwälten des Vereins in der Sache unterstützt. Die Frauen, die sich an diese Stelle wenden, werden in der Regel von den Rechtsanwälten des Vereins in der Sache unterstützt. Die Frauen, die sich an diese Stelle wenden, werden in der Regel von den Rechtsanwälten des Vereins in der Sache unterstützt.

Bereinigung der Dienstmäddchen, Mädchen und Schenkerinnen. Sonntag, den 28. Juli, Nachmittags 4 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, das erste Sitzungsfest unter dem Namen „Reinigung“, bestehend in Konzert, Aufgeführt von Mitgliedern der Stadttheater-Kapelle. Tanz- und Vorträge für Damen findet ein Preisregeln statt, wobei 10 wertvolle Preise zur Verteilung gelangen. Die Herren können sich an einem Preiselichen beteiligen. 15 Preise von hohem Wert bilden die Gewinner. Die Gewinner werden durch die Damen bestimmt. Die Gewinner werden durch die Damen bestimmt. Die Gewinner werden durch die Damen bestimmt.

Ein weibliche Leiche wurde am 20. d. M., frühmorgens, aus dem Nikolai-Graben am Dismarckbrunnen geholt. Die etwa 17- bis 18-jährige Person ist etwa 1.60 Meter groß, hat rotbraune Haare und trägt ein schwarzes Kleid, weiße Blase, schwarze Strümpfe, schwarze Handschuhe und goldene Ohrringe.

Gefunden wurden: eine Militär-Brosche eines Train-Soldaten, ein goldenes Medaillon, ein Krankenfaßchen und eine Goldkette auf den Namen Martha Wenzke, eine Däumlingskette auf den Namen Ida Miller, ein Krankenfaßchen auf den Namen Marie Vogel in Narnburg, in einer Droschke ein Portemonnaie mit 2.45 Mk., ein schwarzes Lederportemonnaie mit 2.12 Mk., ein Portemonnaie mit 20 Mk., eine goldene Damenuhr Nr. 18.748, eine silberne Damenuhr Nr. 17.774, ein Goldring mit 12.875, eine Goldkette, eine Droschke mit 21.787, eine Brieftasche mit Beschriftung auf den Namen Paul Duntz.

Verloren wurden: eine Abonnementkarte auf den Namen Richard Nitzsch mit Photographie, ein goldenes Vincenz, eine Damen-Uhrenuhr Nr. 209.447, ein Damenzug mit Diamant, eine Tabakdose, eine goldene Emailluhr mit Diamanten und einer goldenen Kette, eine goldene Damenuhr nebst kurzer goldener Kette mit Anhänger, ein röllichbrauner Spazierstock mit Silberstopfen, eine Brosche in Steigfarn mit Brillantsteinen, ein schwarzes Portemonnaie mit 54 Pf., und zwei kleinen Schlüssel, ein schwarzes Portemonnaie mit drei Wangenmarken, ein schwarzes Portemonnaie mit einem Schlüssel, ein Portemonnaie mit 18.60 Mk., ein Portemonnaie mit 12 Mk., ein Portemonnaie mit 100 Mk., einige Meter grüner Gosenstoff.

Im viel fahrigel. Hwangli Mark für eine Markt gezählt hat in der Nacht zum 17. d. M. ein Fahrgast, der vom Osten nach dem Westen der Stadt fuhr. Der Leberich ist von dem Deutschen-Rast Güter, H. Hufschlagstraße 15 wohnhaft, abgeholt.

Strohhan (Dr. Breslau), 21. Jun. Weid nicht nicht! So drückt unsere evangelische Kirchenverwaltung — lang schied sie einem Disfidenten der Kirchenverwaltung. Doch, Hoff, wie solche Leute aber sind, wird der also Weglässe in aller Seelenruhe abwarten, ob ihm nicht der Exulor ins Haus kommen wird, um dann mit seiner bereits vor sechs Jahren erfolgten Austrittsbekanntmachung herabzutreten. — Warum auch ist der Gemeindevorstand bei seinen „Ansprüchen“ aus dem Verlorenstandesregister nicht sorgfältiger verfahren, oder ist ihm das Wort „Disfident“ noch nicht vorgelommen?

Birchberg, 20. Juli. Ein Raubzug gegen Säuglinge. Nachdem man alle agrarischen Erzeugnisse etliche wöchentliche Preissteigerung erfahren haben, können die Milchhändler nicht ruhig, um auch ihrerseits am Reiback teilzunehmen. Katolik sind es nicht etwa die kleinen Bauern und Keller, die den Preis nicht voll kriegen, sondern die großen Vorkäufer, allen voran die Genossenschaftsmilcherei Bobbersdorf. Der Preis für das Alter Milch soll nunmehr von 16 auf 18 Pfennige erhöht werden. Es ist dies ein Raubzug gegen die Altersarmen der Armen, die Proletarierkinder, die schon heute mehr Wasser als Milch in der Flasche haben. Was nützen alle Kongresse und Demandsaktionen gegen die Kinderherbstlichkeit, wenn den Säuglingen die Nahrung indirekt entzogen wird. Arbeiterfrauen, woher diesen Raub ab, organisiert den Kampf, kauft keine Milch zum höchsten Preise, selbst wenn eine Zeltung der Kaffee schwarz getrunken und die Kinder sich mit Mehlsuppe von den bekannten Kinderweihen begnügen müssen. Ihr führt diesen Kampf nicht allein, denn auch in bürgerlichen Kreisen will man auf die verteilte Milch verzichten. Eine Anzahl kleiner Milchhändler machen aber auch nicht mit, in der richtigen Erkenntnis, daß die Verteuerung zu Abnehmer-Verzögerungen, zum Beispiel bei den Käseherren, führen wird und am Ende nur sie durch die Ausschaltung von der Lieferung die Kosten zu tragen haben. Darum, Ihr Frauen, auf zum Kampf, teuren Tropfen Milch zum hohen Preise, dann wird bald der Sieg Euer sein!

e. Schweidnitz, 21. Juli. Aus der Partei. Mit der Delegationsfrage zum diesjährigen Parteitag beschäftigten sich die hiesigen Parteimitglieder in ihrer letzten Sitzung. Der Vorschlag, die Wahlvereine des Wahlkreises nach dem Parteitag nach Nürnberg einen eigenen Vertreter entsenden, fand lebhafteste Zustimmung. Als dringend notwendig wurde es daher bezeichnet, daß auch die anderen Parteioptionen des Kreises, namentlich aber die Kreisleitung selbst in dieser Frage Stellung nehmen möchten. Zur Deutung der Delegationsfrage würden die einzelnen Wahlvereine nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl herangezogen sein; auch die Kreisleitung müßte einen entsprechenden Betrag beisteuern. Sodann würden noch einige Anträge zum Parteitag diskutiert und beschließen, dieselben der nächsten Parteiverammlung zur endgültigen Beschlussfassung zu unterbreiten.

Brieg, 20. Juli. Emsfeuer. Am Sonnabend Abend um 1/10 Uhr, beim Beginn des fürchterlichen Wetters, wurden auf dem Dach der evangelischen Kirche, längs des Kirchleiders, nach jedem Winde kleine Flammen beobachtet, die in der Größe einer elektrischen Glühlampe lange Zeit brannten. Das ganze Kirchdach war hell wie Milchglas. Nachdem gegen 10 Uhr ein heftiges herniederfahren, verschwand die Flammen. Am Sonntag Abend etwa um dieselbe Zeit zeigte sich an einem der Türme eine Flamme, die auf etwa 1/2 Stunde deutlich hell an derselben Stelle brannte und dann erlosch.

Brieg, 20. Juli. Einbruch. Ein gut überlegter Einbruchdiebstahl wurde am Sonntag Abend in der Wohnung des Kaufmanns Fleischer auf der Pfaffenstraße verübt. Dieser befand sich mit seiner Familie im Garten, doch hatten sie ein Fenster nach dem Hofe offen gelassen. Der Dieb hatte nun diese Gelegenheit wahrgenommen, kletterte durch das Fenster ein, verschloß und verriegelte alle nach diesem Zimmer führenden Türen und erbrach dann mit einem Eisenmeißel die Kammer, den Schreibtisch, sowie alle Schränke. Da er Zeit hatte, so durchwühlte er alle Sachen und seine „Arbeit“ war sehr gut bezahlt. Außer 100 Mk. in Geld fielen ihm noch eine Unmenge Wertgegenstände in die Hand. Die gestohlenen Gegenstände repräsentieren einen Wert von circa 600 Mk. Bis jetzt ist noch keine Spur von dem Diebe vorhanden.

Meiße, 20. Juli. Verhaftung. Der Fleischermeister Karl Brachtel aus Hütterswalde und der Vater János Gebulla aus Dublowitz, Kreis Döbeln, wurden im Laufe der Nacht zum 18. Juli in einem Gasthause in Meiße, woselbst sie ein Zimmer belegten hatten, verhaftet. Beide sollen Opfer des Eulenburg-Paragrafen sein.

Arnsdorf, 20. Juli. Ein hoffnungsvoller Bursche. Am Donnerstag Abend verübte ein 15-jähriger Arbeiterbursche auf dem Wege Krummhübel-Steinleiten ein Sittlichkeitsverbrechen an einem elfjährigen Mädchen aus Steinleiten. Am nächsten Morgen wurde er verhaftet und in das Schmiedberger Gerichtgefängnis eingeliefert.

Königsberg, 20. Juli. Das Automobil. Der bei der Firma Löwe bedienstete Kutscher Ziel fuhr dieser Tage von der Bahn heimwärts. Durch ein des Weges kommendes Automobil schien die Fiedle und gingen die abgedruckene Deichsel hinterher schleppend durch. Der Kutscher fiel vom Wagen und erlitt schwere Verletzungen. Die anderen Insassen des Wagens kamen mit dem bloßen Schreden davon. Durch den Andrang des Wagens an einen Straßenecken wurde auch ein Rad zerbrochen.

Kattowitz, 21. Juli. Zur Arbeiterbewegung auf der Ferdinandsgrube. Der geplante Arbeiterausstand auf der Ferdinandsgrube unterbleibt. Die für Sonnabend nach Boguski schiedensmäßige Versammlung wurde abgelehnt. Die gemäßigtesten Arbeiter haben wieder anderweitig Beschäftigung gefunden.

Brand eines Dynamitschuppens. Auf der Gleobhaggrube brach in einem Schuppen, in dem sich Dynamit und Sprengpulver befand, Feuer aus. Zahlreiche Explosionen fanden statt. Der Feuerwehr gelang es, den Brand zu löschen.

Geräusch-Einsturz. Infolge des heftigen Sturmes stürzte Sonntag Nachmittags in Königsberg das am Höfnermeister Steinig'schen Hause angebaute Gerüst ein, wodurch der Verkehr auf der Kaiserstraße längere Zeit gesperrt war. Sonst wurde kein Unfall angerichtet.

Lipine, 21. Juli. Die Sicherheit in Lipine. Trotz dem am hiesigen Orte 21 Polizisten, 4 Gendarmen und 1 Geheimpolizist ihre Tätigkeit zum Schutze der Bürger entfalten, ist es mit der Sicherheit nicht bestellt. Nicht selten kommt es vor, daß friedliche Bürger oder Frauen und junge Mädchen belästigt werden, daß Men und Dien sehr oft verwechselt wird. Erst dieser Tage wurde ein Mann, der von Chropow nach Lipine ging, und den längeren Weg unter der Seilbahn nahm, in der Nähe derselben von einem Individuum angehalten und bedroht. Auf einen Pfiff und einen Revolverknall hin kamen noch etwa 8-9 große lange Kerle hinzu und nahmen den Überfallenen in ein Gefäß. Nach Bonbitemanier geboten sie ihm, während derselben die Hände hoch zu halten. Nachdem sie sich davon überzeugt hatten, daß sie einen armen Schüler erwischt hatten, begnügten sie sich mit der Wegnahme des Spazierstocks, nicht aber, ohne vorher nach dem Namen des Überfallenen gefragt zu haben. Daraufhin verschwand die Wegegeger wieder nach allen vier Richtungen der Winde im Dunkel der Nacht. — Es ist die bekannte Geschichte, wenn man einen Schutzmann braucht, ist fast niemals einer zu haben, bei anderen Gelegenheiten dagegen hat man das Bedürfnis, mehrere oder einzeln zu haben. In Lipine wurde erst kürzlich ein Schutzmann wegen Annahme von Schmiergeldern an einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt und in der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß der Beurteiler um dem Beispiel älterer Beamten gefolgt sei.

Wetter, 20. Juli. Wasser- und Sturzregnenbruch. Infolge des Gewitters wurde gestern Nachmittag ein Wasserrohr durch die Gewalt des Wassers gesprengt. Das Wasser brang in die Kellerräume und durchdrang verschiedene Wandungen. — Einmal wurde ein Gasrohr und ein Wasserrohr zersplittert, so daß die Flammen in der Straße hoch empor litten. Der Arbeiter

wirgen Feuerwehre gelang es, nach dreiviertelständiger Arbeit das Wasser abzumachen und das Gasrohr zu schließen.

Königsberg, 21. Juli. In der Seilgrube ertrankten. Das seit Sonnabend vernichtete 2 1/2-jährige Tochterchen des Arbeiters Böllner wurde heute als Leiche aus der Seilgrube des Schiffes Sedwitzstraße 8 gezogen. Es liegt ein Unfall vor.

Wiel, 20. Juli. Weiße der Franziskanerkirche. Sonntag fand in Bonowitz die Weiße der im Anschluss an das neu erbaute Kloster der Franziskaner errichteten Kirche durch den Kardinal-Bischöf Dr. Kopp statt. Über 80,000 Menschen nahmen an den Feiern teil.

Schiffhölz, 21. Juli. Großfeuer. Sonnabend Nachmittag brach in Waditz in der Besingung des Auhauers Carl Weitschopf Feuer aus, das sich bald auf die Nachbarmanschen verbreitete. Es brannten zwei Wohnhäuser, vier Scheunen und Stallungen vollständig nieder. Ueber die Entstehungsurache ist nichts bekannt.

Sosnowice, 20. Juli. Russische Mißverständnisse. In der Gegend von Nowa sind mit fürchterlichem Getöse Schächte der großen Nowina-Kohlengrube, die einer Sosnowicer Gesellschaft gehören, durch Dynamit in die Luft gesprengt worden. Die Zersplitterung der Schächte ist „auf ein Mißverständnis“ zwischen den Grubenpächtern zurückzuführen.

Posen, den 20. Juli. Verbrennungstod einer hundertjährigen. Einen schrecklichen Tod fand die hundertjährige Frau des Eigentümers Thomas Walczak in Wymyslawo. Als der Mann von einem Ausgange zurückkehrte, fand er seine Frau völlig verkohlt mit dem Kopfe in einer Wasserbüchse liegend vor. Man nimmt an, daß die Frau beim Osenanfachen Feuer gefangen und die Flammen in dem Bettlein zu erstickend verbrannt hat.

Bromberg, 20. Juli. Giftige Pilze. In Lobshöhe bei Lobens ist die 14-jährige Tochter eines Arbeiters nach dem Genuß von Pilzen gestorben. Die Mutter liegt schwerkrank darnieder.

Schneidemühl, 20. Juli. Das Reichsvereinsgesetz in Praxi. Am 12. Dezember v. J. fand die Genossenschaft der Vertrauensmann der Glasarbeiter von Weich, der Volkshelbschilde ein Stimmrecht des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands zur Kenntnisnahme. Die Volkshelbschilde akzeptierte das Stimmrecht und verlangte ein Vorkaufsrecht der Mitglieder der Wahlstelle und ein solches des Vorstandes. S. stand zu Diensten. Der Volkshelbschilde genügte aber das Verwehren nicht und sandte es zwecks Vervollständigung wieder an H. zurück. Dieser unterließ jetzt weitere Anzeigen. Dieses wurde nun von der Behörde als Vereinsgesetzübertretung angesehen und H. wegen dieses Delikts, nachdem er gegen eine polizeiliche Strafverfügung Einspruch erhoben hat, vor das Schöffengericht in Schneidemühl gestellt. Nach Ansicht des Gerichts liegt die Tätigkeit des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands auf wirtschaftlich politischem Gebiete und unterlag es daher nicht nur den Bestimmungen des § 2 des Preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850, sondern unterliegt auch demjenigen des § 3 des Reichsvereinsgesetzes vom 11. April 1908. Seinen Definitionen entsprechend verurteilte das Gericht daher H. wegen Übertretung des Reichsvereinsgesetzes zu 3 Mark Geldstrafe oder einem Tag Haft wegen das Urteil ist bereits Verurteilung eingeleitet. Die Strafammer, die sich jetzt mit der Angelegenheit zu befassen hat, wird das Urteil aufheben müssen, wenn sie sich nicht, wie das Schöffengericht, mit dem Gesetz in Widerspruch setzen will.

Schneidemühl, 21. Juli. Baunfall. Montag Nachmittag strygte der Maurer Emil Neyschinski von einem Umbau in der Posenstraße aus der ersten Etage so unglücklich herab, daß er schwer verletzt liegen blieb. Zwei Stunden mußte der Unglückliche liegen bleiben, ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war. Unt das in einer Stadt, wo an Ärzten kein Mangel ist. Neyschinski wurde ins Krankenhaus gebracht. Schuld an dem Unfall soll das mangelhafte Gerüst sein.

Aus Schlesien und Posen.

Folgen der Schnitzölle.

Der Landwirtschaftliche Verein im Riesengebirge sagt in seinem Jahresbericht für 1907: Nicht ganz so günstig (wie über den Getreidebau) kann der Bericht über die Viehzucht ausfallen. Wenn auch die Viehzucht immer noch, mit Ausnahme der Schweine, deren Preis im Laufe des Jahres beträchtlichen Schwankungen unterworfen war, hohe sind, so sind doch auch die Preise für Futtermittel ganz erheblich gestiegen und dadurch die Viehhaltung wesentlich teurer geworden. Von vielen Seiten wird darüber Klage geführt, daß die Volkserzeugnisse, diese hauptsächlich Quelle der Viehzucht, nicht in dem Maße der allgemeinen Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse gefolgt sind, wie es nach den Umständen der Preissteigerung der Futtermittel und der höhere gerechtfertigt erscheint.

Das haben die Sozialdemokraten vorausgesehen; die Holznehrheit war in ihrem Interesse jedoch kühlen Erwägungen nicht mehr zugänglich. Es fehlte nun bloß noch ein Protest aus bäuerlichen Kreisen gegen die Hölle auf Futtermittel.

Soldaten als Erntearbeiter.

Während vor der Erntezeit hört man viele Besizer klagen über den Mangel landlicher Arbeiter. Diese Klagen verfehlen auch selten ihren Zweck. Meistenteils kommt es hierbei für die Klagenenden darauf an, billige und willige Arbeitskräfte zu verlangen. Da man aber solche unter den Arbeitern nicht mehr in Fülle und Güte findet, wenden sich die Besizer daher an die Militärbehörden, diese kommen den Besizeren auch meistens durch die Abkommandierung von Soldaten zu Erntearbeiten entgegen. Nach längerlichen Beratungen haben auch wieder in diesem Jahre eine ganze Anzahl von Besizeren in Schlesien und Posen Soldaten zur Erntearbeit erhalten.

Für anständige Bezahlung und Behandlung sind auch Erntearbeiter genötigt zu erhalten, aber dagegen sträubten sich die Junker, sie verwenden für sich selbst zu viel.

Der Gesundheitszustand unserer Heimatprovinz.

Von Erkrankungen an Infektionskrankheiten sind aus der Provinz Schlesien für den Monat Juni gemeldet:

	Diphtheritis	Scharlach	Typhus	Wochenbettfeber	Genickstarre
Reg.-Bez. Breslau	139	185	79	18	2 (+1)
Reg.-Bez. Liegnitz	73	133	31	17	0
Reg.-Bez. Oppeln	101	572	44	23	7 (+4)

Von Todesfällen an ansteckenden Krankheiten sind aus der Provinz Schlesien gemeldet:

	Masern	Scharlach	Diphtheritis	Wochenbettfeber	Keuchhusten
Breslau	7	11	0	0	2
Liegnitz	7	1	0	0	0
Oppeln	0	1	2	0	1
Königsberg	14	3	0	0	1
Jahres	4	8	3	1	5

Auffallend ist die große Anzahl von Diphtheritis-kranken im Regierungsbezirk Breslau und die der Scharlach-kranken im Regierungsbezirk Oppeln.

Gubrau, den 21. Juli. Wenn Unternehmer Streikbrecher brauchen. Ein hiesiger organisierter Schuhmacher hat sich scherzhafter an den Schuhwarenfabrikanten Meyer in Krositz um Arbeit gewendet, dessen Arbeiter sich im Lohnkampf befinden. Er hat darauf folgendes Antwortschreiben erhalten:

„Antwortlich Ihrer Parte vom 23. d. haben mir vor 14 Tagen sämtliche Arbeiter eingekündigt und am Sonnabend aufgehört. Die Dresdener Organisationsleitung ist mit meinen Männern einverstanden, nur soll ich sämtliche Arbeiter wieder einstellen, was ich auf keinen Fall tue; denn ich will in meiner Fabrik Ruhe haben. Sie können bei mir sofort dauernd Arbeit haben, wenn Sie ein tüchtiger, treuer Arbeiter sind. Die Beschäftigten sind gute, es werden meist bessere Herren und Damen kommen, und zwar zahle ich z. B. für Ehefrauen-Gewerkschaftsmitglieder, zwischen 50 Pfennig. Ich habe schon eine Reihe neuer Arbeiter eingestellt, trotzdem stehen noch drei Stellen frei und würde ich, wenn Sie bestimmt kommen, Sie von der Fabrik abholen oder abholen lassen. Sie können auch als Arbeiter bei mir ankommen. Ich bin gut mit meinen Herren und würde Sie es sicher nicht bereuen, bei mir in Arbeit getreten zu sein. Bitte teilen Sie mir sofort mit, ob und wann Sie kommen. Ihre Antwort können Sie mir zuvor schreiben oder von unterwegs telegraphieren. Telegrammadresse erhalten. Krositz, 21. Juli.“

„Antwortlich Ihre Parte vom 23. d. haben mir vor 14 Tagen sämtliche Arbeiter eingekündigt und am Sonnabend aufgehört. Die Dresdener Organisationsleitung ist mit meinen Männern einverstanden, nur soll ich sämtliche Arbeiter wieder einstellen, was ich auf keinen Fall tue; denn ich will in meiner Fabrik Ruhe haben. Sie können bei mir sofort dauernd Arbeit haben, wenn Sie ein tüchtiger, treuer Arbeiter sind. Die Beschäftigten sind gute, es werden meist bessere Herren und Damen kommen, und zwar zahle ich z. B. für Ehefrauen-Gewerkschaftsmitglieder, zwischen 50 Pfennig. Ich habe schon eine Reihe neuer Arbeiter eingestellt, trotzdem stehen noch drei Stellen frei und würde ich, wenn Sie bestimmt kommen, Sie von der Fabrik abholen oder abholen lassen. Sie können auch als Arbeiter bei mir ankommen. Ich bin gut mit meinen Herren und würde Sie es sicher nicht bereuen, bei mir in Arbeit getreten zu sein. Bitte teilen Sie mir sofort mit, ob und wann Sie kommen. Ihre Antwort können Sie mir zuvor schreiben oder von unterwegs telegraphieren. Telegrammadresse erhalten. Krositz, 21. Juli.“

Wahntage

Der Schuhmacher war aber doch zu langsam, um noch Recht zu haben. Er überläßt es lieber anderen, dem Unternehmer die Arbeiter zu opfern. Dieser heißt er hat wertvolle Unternehmerfähigkeiten zur Unterbreitung der öffentlichen Besorgung. Was, wer Lust hat, eine ähnliche Stelle anzunehmen, der möge sich in Krositz...

Arbeiterbewegung.

8000 Arbeiter aufs Pflaster geworfen.

Folgendes Anschlag machte die Direktion des Stettiner Vulkan:

„Da ein Teil der Arbeiter Donnerstag und Freitag Ueberstunden nicht gemacht haben, wird der Betrieb heute, Sonnabend Abend, geschlossen und solange geschlossen bleiben, bis die Arbeiter sich den Paragrafen der Arbeitsordnung fügen.“

Es ist zu bemerken, daß es sich nicht um pure Verweigerung von Ueberstunden handelt, sondern nur um eine von den Arbeitern verlangte, von der Direktion aber brüskt abgelehnte Regelung des jeweils seit zehn Wochen andauernden Ueberstundenumfossens. Es wurden höchstens mehrmals 24 Stunden hintereinander gearbeitet. Von der Aussperrung sind 7800 Arbeiter betroffen. Die Werk hatte zur Erhöhung der Feiler des Spinnstufens ein Massenaufgebot von Polizeibeamten veranlaßt.

Wie aufreizend brutal diese niederträchtige Gewalttat wirkt, ist daran zu erkennen, daß selbst bürgerliche Blätter ihrer Empörung rüchlos Ausdruck geben. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: ... „Was ist geschehen, daß plötzlich 8000 Arbeiter aus dem Brot entlassen und soviel Hunderte kleiner Geschäftskleute in Mitleidenschaft gezogen werden sollen? Hundert Arbeiter, nicht mehr und nicht weniger von etwa einem halben Tausend, sind von den durch die Direktion angeordneten Ueberstunden am Donnerstag und Freitag weggeblieben. Nicht im Trost, wie erklärt wird, sondern einfach, weil die übermäßige Arbeit unerträglich schwer war und den Menschen ruinierte.“

Die Arbeiter der Niete, einer Kategorie von ungelerten Arbeitern, die sich untereinander anlernen, ist auf dem Vulkan Doppelt hart, weil hier, wo die großen Schiffschiffe gebaut werden, die Nietarbeit sozusagen in vergrößertem Maßstab betrieben wird.

Die gegenwärtige Direktion scheint es nicht verstanden zu haben, sich einen Stamm von zufriedenen Arbeitern heranzuziehen, sie lassen ihr immer wieder auseinander zu den kleinen Werften, wo leichtere Fahrzeuge gebaut werden und die Arbeit der Niete eine weniger anstrengende ist. Die zehnjährige Arbeitszeit, die auf der Werk eingeführt ist, ist gerade für diese Leute sehr anstrengend, und wenn die Direktion, unter Berufung auf die Arbeitsordnung, noch darüber hinausgehende Leistungen verlangt, so ist es wohl begreiflich, daß sich unter den Arbeitern das Bestreben regt, sich leichtere Arbeitsbedingungen zu erstreiten. Die Arbeiter sind auf dem Vulkan nicht glänzend; es soll dort „Hofarbeiter“ geben, die einen Stundenlohn von 25 Pfennig erhalten. Gelegentlich eines Frühjahrsausstandes haben die Niete keine Vorteile errungen; doch verschiednen Reisern wird der Vorwurf gemacht, daß sie es verstanden haben, das Errungene in den Ueberberechnungen wieder unglücklich zu machen.